

Volkswocht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Dir. 153.

Donnerstag, den 5. Juli 1906.

17. Jahrgang.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Dem Reichstag ist kurz vor seiner Vertagung eine 1150 Quartseiten umfassende Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes über Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zugegangen. Das umfangreiche Werk ist eine Folge der am 31. Januar 1902 vom Reichstag aus Anlaß der sozialdemokratischen Interpellation über die Arbeitslosigkeit gefaßten Resolution, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine aus Vertretern der verschiedenen Regierungen, aus Mitgliedern des Reichstags ...

Auf diese Resolution beschloß der Bundesrat, den Reichskanzler zu ersuchen, das Kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären. — Die negative Stellung des Bundesrats entspricht keineswegs der großen Bedeutung des Gegenstandes. Der dem Statistischen Amt erteilte Auftrag ist durch die jetzt dem Reichstag vorgelegten drei Bände erfüllt.

Die Arbeit des Statistischen Amtes zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil (691 Seiten) werden die im Ausland und im Deutschen Reich zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern bestehenden Einrichtungen dargelegt. Der zweite Teil (291 Seiten) gibt eine Darstellung über den Stand der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung öffentlicher und privater Verbände im Deutschen Reich. Der dritte Teil (Anlageband) enthält 468 Seiten statistisches Material, Gesetze, Anordnungen und Statuten. Das reiche Material, das die Arbeit des Statistischen Amtes darbietet, bedarf einer eingehenden Durcharbeitung. Die Ansicht des Statistischen Amtes selbst ergibt sich wohl am besten aus dem dem ersten Teil beigelegten Schlussworten:

Die Darstellung der bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit hat die vielen Einrichtungen der Regelung in den Arbeitslosen-Versicherungseinrichtungen des In- und Auslandes verfahren müssen und die Gesichtspunkte herausgearbeitet, welche in jedem Einzelfall bei einer Würdigung dieser Einrichtungen in Betracht kommen. Das Gesamtergebnis, das sich aus dieser Fülle der einzelnen Einrichtungen und der Vielfältigkeit der Gesichtspunkte ergibt, aber in allem wesentlichen erschöpfend, zu formulieren, soll nachstehend als Abschluss dieser Arbeit versucht werden. Das Kaiserliche Statistische Amt hatte selbst keine Vor-

schläge zu machen, sondern sich auf eine zusammenfassende Darstellung der bestehenden Einrichtungen und Vorschläge zu beschränken. Als Ergebnis dieser Darstellung ist zunächst hervorzuheben, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst im Wege der Versicherung zu erfolgen hat, sondern daß die Bekämpfung teils durch vorbeugende Maßnahmen allgemeiner Charakter (Regelung der Produktion, allgemeine Wirtschaftspolitik, Hebung der Volksbildung, Regelung des Verkehrs, wesenl. usw.), teils durch Vermittelung vorhandener Arbeit und durch Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten) geschieht, während die Versicherung nur eine Sicherstellung gegen die aus der Arbeitslosigkeit sich ergebenden Folgen bietet.

Die Darstellung der Tatsachen der Arbeitslosigkeit ergab nun, daß es sich bei der vorübergehenden Arbeitslosigkeit bezugnehmend Personenkategorie in der Arbeitslosigkeit um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, welcher eine gewisse Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zukommt, die sowohl nach dem Zeitpunkt wie nach der Dauer und dem Umfang auf Grund längerer Beobachtung als schätzbar zu betrachten ist und unter diesem Gesichtspunkt sich für eine Versicherung unter Versicherungstechnischen Gesichtspunkten unüberwindliche Schwierigkeiten wohl nicht bieten würde. Sie ergab ferner, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sehr verschieden ist, dem entsprechend auch das Bedürfnis einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Berufen besteht. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß in einigen Berufen (Landwirtschaft, Innenschlifferei, Baugewerbe) die vorübergehende Einstellung des Gewerbes während einer gewissen Zeit des Jahres einen beherrschenden Charakter dieser Gewerbe bildet und zum Teil in den Lebensverhältnissen dieser Gewerbe Ausdruck findet, zum Teil mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse die besondere Verteilung der Bedeutung der Arbeitslosigkeit erfordert (Landwirtschaft).

Die Schwierigkeiten, welche sich für eine Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ergeben, liegen viel mehr nach anderer Richtung. Sie ergeben sich vor allem bei der Feststellung und Begrenzung der zur Unterstützung berechtigenden Arbeitslosigkeit und bei der Kontrolle der Durchführung dieser Feststellung in der Praxis. Sie zeigen sich weiter bei der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Das Problem der Kontrolle der Arbeitslosigkeit großer Massen unorganisirter Arbeitslosen ist praktisch noch an keiner Stelle gelöst worden.

Was die verschiedenen Formen der Lösung anlangt, welche öffentliche Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereit stellen wollen, so ergab sich, daß bei allgemeiner obligatorischer Arbeitslosenversicherung — die nur einmal in St. Gallen praktisch geworden ist — in weitem Maße Verluste mit Lasten beizutragen, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht berechtigt oder sehr gering ist, daß aber andererseits eine wirksame dem Risiko entsprechende Abfassung der Beiträge sehr schwierig ist. Abgesehen von der Frage des Bedürfnisses, der Versicherung einen solchen Umfang zu geben, trat hervor, daß jede bürokratische und allgemeine Versicherung unbedingt genötigt ist, Mittel zu schaffen und den Begriff der unterstützungsberechtigten Arbeitslosigkeit in einer Weise einzuschränken, die leicht von den Arbeitern als eine Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und eine Schädigung der von ihnen nach Verhältnissen an der Arbeit empfunden wird. Es zeigte sich das insbesondere bei der Behandlung der Frage der Bindung seitens des Arbeiters und der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Bei großem Umfang der Versicherung ist die Gefahr des Mißbrauchs der Versicherung hier besonders groß. Die Kontrolle lediglich durch den Arbeitsnachweis hat sich als genügend wirksam bisher nicht erwiesen, die Möglichkeit der Annahme von Beschäftigung und des Erwerbs von Nebenverdienst ist trotz dieser Kontrolle gegeben. Es muß auch noch dahin gestellt bleiben, ob in großstädtischen Verhältnissen der Arbeitsnachweis überhaupt in der Lage ist, den für ihn bei allgemeiner

obligatorischer Arbeitslosenversicherung sich ergebenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Lösungen, welche die Arbeitslosenversicherung faktisch gestalten wollen, können von vornherein nur auf diejenigen Kreise rechnen, welche selbst das Bedürfnis zur Versicherung empfinden. Das sind, abgesehen von den organisierten Arbeitern, erfahrungsmäßig nur wenige Kreise. Bei den am schlechtesten gestellten Arbeitern fehlt, soweit darüber Erfahrungen vorliegen, teils die eigene Initiative zur Versicherung, teils die Möglichkeit, von dem Einkommen den Betrag der Beiträge regelmäßig aufzurufen. Kollektive Arbeitslosenklassen haben dabei immer nur mit einer beschränkten Mitgliederzahl aus den Leistungsfähigeren Arbeiterkreisen zu rechnen. In den bestehenden Arbeitslosenklassen dieser Art sind es vor allem die Bauarbeiter, welche auf diese Weise versichert sind.

Als ein Mittelweg zwischen der Einrichtung allgemeiner obligatorischer oder fakultativer Arbeitslosenklassen, der an sich große Vorzüge in sich vereinigt und in Belgien von den Gemeindefürsorgeämtern, in Frankreich von Seiten der Staatsregierung getrieben worden ist, ergab sich das System des Zuschusses an die bestehenden Unterstützungseinrichtungen der Arbeiterverbände und sonstiger Organisationen, welche die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ausüben durch öffentliche Organe. Es zeigte sich, daß die Prozentbeträge der organisierten Arbeiter in den meisten Ländern nur verhältnismäßig gering sind, so daß der weitaus überwiegende Teil der Arbeiter auf diese Weise gar nicht berücksichtigt wird. Dies zu berücksichtigen und einen Ausgleich für die unorganisierten Arbeiter durch Gewährung von Zuschüssen zu Sparanlagen zu schaffen, hat sich überall als schwierig gezeigt; ähnliche Einrichtungen haben bisher, wo sie versucht worden sind, eine Bedeutung nicht zu erlangen vermocht. Ergänzende allgemeine Versicherungskassen andererseits bestehen noch nirgends, wären aber als Ausgleich für die nicht organisierten Arbeiter in diesem Falle erforderlich. Eine Vereinigung der Lösungen in Belgien und Frankreich bedeutet die Vorschläge, die zur Zeit von den zur Beratung dieser Arbeit eingesetzten Kommissionen in Norwegen und Dänemark gemacht worden sind, in welchen die Mittel, wesentlichen Bedenken, die bei einer einzigen Gewährung von Zuschüssen nur an die in Hochverhältnissen organisierten Arbeiter beschränkt würden, in besserer Weise zu begegnen, als es bisher durch die Schaffung von Sparanlagen für unorganisierte Arbeiter geschehen ist. Über die Gewährung aller dieser Lösungen, die sich mit Ausnahme von Belgien erst noch in dem Stadium des ersten Versuches oder des Projektes befinden, liegen, soweit es sich um die Beteiligung des Staates handelt, Ergebnisse noch nicht vor, welche ein abschließendes Urteil geben könnten. Soweit es sich um die Mitwirkung der Gemeinde handelt, sind die Erfahrungen in Belgien im ganzen wohl sicher nicht ungünstig gewesen. Die zum Teil nicht unerheblichen Bedenken, welche in diesen Fällen Rücksichten gegenüber bestehen, sind in den einzelnen Kapiteln des näheren dargelegt worden.

Die Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Selbsthilfe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel ist für begrenzte Arbeiterkreise in wachsendem Umfang in allen Ländern geübt worden, einzeln in der gemeinnützigen Organisation, andererseits in Anlehnung an die Form des Konsumvereins. Die Arbeiter erkennen aber die alleinige Selbsthilfe als die normale Form der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nur begrenzt an und stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die Verweigerung des Arbeiters auf die Selbsthilfe ihn zu Unrecht befaßt, da die Arbeitslosigkeit eine Folgeerscheinung der geltenden Wirtschaftsordnung sei und daher die Kosten der Sicherstellung gegen sie von der Gesamtheit zu tragen seien. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß dieser Gesichtspunkt sich nicht auf die Handwerker beschränken läßt, sondern in gleicher Weise von allen wirtschaftlich unabhängigen Personen geltend gemacht werden kann und

Madame Therese.

Von Ersmann-Chatrian. Deutsch von Friedrich Fr. Rückert.

4. Nach dem Abmarsch der Republikaner verging wohl noch eine Viertelstunde, bevor sich jemand von den Dorfbewohnern auf der Straße blicken ließ. Alle Häuser schienen ausgehoben zu sein. Dagegen auf der anderen Seite der Wirtshaus vergrüßelte sich der Anwalt. Das schauerliche Geschrei: „Feuer! Feuer!“ wiederholte sich fort und fort.

Ich war aus Furcht vor dem Feuer unter den Schuppen gegangen. Nichts rührte sich. Man hörte nur das Klirren des Feuers und die schmerzlichen Schreie eines Verwundeten, der an der Mauer unseres Stalles lag; er hatte eine Kugel in der Wunde und stützte sich mit beiden Händen, um nicht umzufallen; es war ein Husar; er sah mich mit wildrollenden und verzweiflungsvollen Augen an. Etwas entfernter bewegte ein Pferd, welches auf der Seite lag, seinen Kopf wie einen Pendel am langen Halbe hin und her.

Und wie ich so dastand und bei mir dachte, was die Franzosen für ein räuberisches Geschick seien, und ohne irgend einen Grund alles in Brand zu setzen, ließ ich mich hinter mir ein leises Geräusch vernehmen. Ich wandte mich um und sah im Dunkel des Schuppens zwischen den Strohbündeln, die von den Wällen herabfielen, das Schwermertor halb geöffnet und dahinter das bleiche Gesicht unseres Nachbarn Svíd mit aufgerissenen Augen. Er streckte den Kopf behende vor und lautete; nachdem er sich darauf überzeugt, daß die Republikaner abmarschiert waren, stürzte er hervor, schwang wie ein Wüterich seine Art und rief:

„Wo sind sie, diese Lumpen, wo sind sie, alle will ich umbringen!“
„Ah,“ sagte ich ihm, „sie sind fort, aber wann Ihr lauft, könnt Ihr sie noch am Ende des Dorfes einholen.“
Darauf sah er mich von der Seite an und weil er bemerkte haben möchte, daß ich ganz harmlos redete, lief er zum Feuer. Zur selben Sekunde wurden andere Türen geöffnet. Männer und Frauen erschienen, blickten umher, erhoben die Hände zum Himmel und riefen:
„Rägen sie zur Hölle fahren, diese verfluchten Banditen!“
Und jeder beeilte sich, seinen Wasserzuber zum Löschen des Feuers zu holen.

Der Brunnen war halb von Leuten dicht umlagert. Es war kein Platz mehr; man bildete eine Kette auf beiden Seiten bis zu den Toren der bebauten Häuser.

Einige Soldaten standen oben auf den Dächern und gossen Wasser in das Feuer; aber alles, was man tun konnte, war, die Nachbargassen zu räumen. Regen es über sieg eine bläuliche Flammengarde am Himmel; unter den zur Batterie aufgeschichteten Wagen befand sich nämlich auch die Karre der Markensdörferin und die darauf befindlichen zwei Fässer Branntwein waren in Brand geraten.

Auch der Onkel Jacob bildete unter der Aufsicht von überreichlichen Schützlingen auf der anderen Seite ein Glied der Kette; aber es gelang ihm, zu entweichen und quer über einen Hof laufend, kam er durch die Gassen zu uns herüber.

„Gott sei Dank!“ rief er. „Artikel ist gerettet.“
Bei dieser Gelegenheit sah ich, daß er mich sehr liebte, denn er umarmte mich und fragte:

„Wo warst Du denn, armes Kind?“
„Im Fenster“, antwortete ich.
Da erlachte er und rief:
„Lisbeth! Lisbeth!“

Über sie antwortete nicht und es war uns unmöglich, sie zu finden; wir gingen durch alle Straßen, guckten unter die Betten und dachten, daß sie bei einer Nachbarin Schutz gefunden habe.

Inzwischen war man des Feuers Herr geworden und plötzlich hörten wir die Feuertrommel dröhnen rufen:
„Platz... Platz... Hurra!“

Zugleich sprang mit Riesengeschwindigkeit ein Regiment Husaren an uns vorüber. Sie verfolgten die Republikaner, aber sie waren, wie wir am folgenden Tage erfuhren, zu spät gekommen. Der Feind hatte die Wäldungen von Rothalbs gewonnen, die sich bis hinter Birnauens erstreckten. Jetzt erst begriffen wir, warum die Leute die Straße verbarrikadiert und die Häuser in Brand gesteckt hatten: sie wollten nämlich die Verfolgung der Republikaner verzögern und dies zeigte von ihrer großen Erfahrung im Kriegswesen.

Von diesem Augenblick bis fünf Uhr Abends besetzten zwei österreichische Brigaden durch das Dorf bei unseren Feindern vorbei: Ulanen, Dragoner, Husaren, dann Artillerie, Gepäc- und Munitionswagen; ferner gegen drei Uhr der Ober-General, umgeben von seinem Stabe, ein großer, schmutziger, alter Mann mit einem dreieckigen Hut und einem langen weißen polnischen Rock, der so mit Kroddeln und Goldstickereien besetzt war, daß sich neben ihm der republikanische Kommandant mit seinen schädigen Hut und Uniformrock wie ein einfacher Korporal ausgenommen haben würde.

Der Bürgermeister und die Gemeinderäte von Anstett erwarteten ihn in ihrem vollen Rock mit den weißen Ärmeln und entblößten Haupten auf dem Platze. Er hielt dort zwei Minuten an, betrachtete die um den Brunnen umherliegenden Haufen von Toten und fragte:

„Wie viel Franzosen waren es?“
„Ein Bataillon, Erzengel“, antwortete der Bürgermeister mit einem tiefen Seufzer.

Der General erwiderte nichts. Er lästete den Dreißig und feste seinen Weg fort. Dann kam die zweite Brigade, voran throckische Jäger in grünen Röcken, mit schwarzen aufgeschulbten Hüten und kleinen gezogenen Insbruder Stutzen; dann andere Infanterie in weißem Uniformrock, himmelblauem Bettschleif und Zofen, bis über die Knie reichenden Gamaschen; weiter schwere Kavallerie, sechs Fuß hohe, in Kürassen stehende Männer, von denen man nur das Kinn und die langen, roten Schwärzchen unter dem Visier der Helme sah; dann endlich die großen Ambulanzwagen, die mit über Reife gespannter grauen Leinen überdeckt waren, und hinten die Lahmen, Krüppel und Wunden. Die Chirurgen der Armee gingen auf den Wagen umher. Sie hoben die Verwundeten auf, legten sie auf ihre Wagen, und einer ihrer Chirurgen, ein kleiner älterer Herr mit weißer Perücke sagte zum Bürgermeister, indem er auf den Rest hinbeutete:

„Das alles lassen Sie so schnell wie möglich begraben!“
„Ganz wie Sie befehlen“, antwortete der Bürgermeister mit Würde.

Endlich waren die letzten Wagen fort; es war ungefähr sechs Uhr Abends. Die Nacht war angebrochen. Onkel Jacob stand mit mir auf der Schwelle des Hauses. Ungefähr fünfzig Schritte vor uns, nach dem Brunnen zu, lagen die Toten auf den Straßen, das Gesicht nach oben, die Augen weit aufgerissen und weiß wie Wachs. Die Frauen und Kinder schleppten um sie her.

Und als der Totengräber Jester mit seinem beiden Hunden Karl und Ludwig, die Hade über der Schulter, ankamen, sagte der Bürgermeister zu ihnen:

„Ihr nehmt zwölf Mann mit Euch und grabt auf der Wiese im Wolltal eine große Grube für alle diese Toten. Ihr versteht mich? Und alle, welche Wagen und Karren haben, müssen sie mit Gespann zur Verfügung stellen, denn es ist ein Gemeinbedienst.“

Jester nickte mit dem Kopfe und begab sich sofort mit seinen zwei Knaben und den Hunden, die er sich ausgehakt hatte, nach der Wiese im Wolltal.

„Wir müssen aber doch Lisbeth finden“, sagte darauf der Onkel zu mir.

(Fortsetzung folgt.)

Das alte Art der Begründung in ihren Konsequenzen zu der...
Der Einwand, daß die Verweisung auf die Selbsthilfe der...
Alle Vorstände sind darin einig, und alle praktischen Er...

Politische Uebersicht. Ein glattes Geschäft.

In Altens-Herlorn werden am 10. Juli freisinnige und nationalliberale Wähler zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie in der Stichwahl zu entscheiden haben. Nach der Germania nimmt die Parität der Parteien an, daß beide Parteien für das Zentrum entscheiden werden, da auch die Zentrumslitung vor der Hauptwahl erklärt habe, daß ihre Partei auf jeden Fall gegen die Sozialdemokratie und für den Kandidaten der Ordnungsparteien (also eventuell auch für den Nationalliberalen) stimmen werde. Wenn in zwei Jahren eine Wahl kommen sollte, so würde die dann die Hilfe des Zentrums ebenso brauchen, wie jetzt das Zentrum die Hilfe. Außerdem läge es im Wahlkreis Hagen-Schwelm in der Hand des Zentrums, dem Freisinn zum Siege zu verhelfen. Würden die Freisinnigen in Altens-Herlorn das Zentrum fallen lassen, so würde das Zentrum dem Freisinn in Hagen-Schwelm daselbe tun.

Es scheint also, daß schon vor der Hauptwahl von Altens-Herlorn gewisse Abmachungen zwischen den bürgerlichen Parteien getroffen worden sind, die während der Wahlbewegung einander grümmig beschadet haben. Auf alle Fälle ist das angenehme Verhältnis, das sich im Westen zwischen dem Zentrum und den eigentlich kapitalistischen Parteien herausbildet, für die nächsten Reichstagswahlen von großer Wichtigkeit. Daß der vereinigte Ordnungsmittelschicht unter Umständen gewisse Mandatserfolge erzielen kann, ist unbestreitbar; aber dieser vorübergehende Erfolg ist, wenn er sich wirklich einstellt, teuer genug erkauft durch die Überlegung der politischen Zukunft jeder einzelnen Partei. Die sich mit solchem Mißmach einläßt, das jüdische Ordnungsgesetz hatte vor kaum anderthalb Jahrzehnten den letzten sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Reich verdrängt, und es ahnte damals in seinem Triumph nicht, daß es mit diesem augenblicklichen Siege seine letzte Kraft verliere und seine künftige Niederlage besiegelt hätte. Sollte sich im industriellen Westen Preußens eine ähnliche Entwicklung vorbereiten, so hätte die Sozialdemokratie am allerwenigsten Ursache damit unzufrieden zu sein. Für die christlichen Arbeiter ist es aber eine überaus heilsame Lehre, wenn man sie, nachdem man ihnen in der Debatte das Plaque vom Himmel herab versprochen, auf die Schanzen ruft, um die überkonservativistische Ordnung gegen den Ansturm der roten Diktatur zu verteidigen. Ob dergleichen in Hagen-Schwelm noch möglich ist, wird die nächste Zukunft zeigen. Aber eher sind die christlichen Arbeiter in anderen Wahlkreisen keine bloßen Ordnungssoldaten mehr, die man nach Belieben dahin oder dorthin kommandieren kann. Mag sich darum die „eine reaktionäre Masse“ zusammenschließen; sie wird noch lange reaktionär bleiben, ob sie aber dabei auch noch lange eine „Masse“ bleiben kann, ist eine ganz andere Frage.

Ein Hamburger Aufreizungsprozess.

Von der Hamburger Strafkammer wurde die Genossin Luise Ziegler wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten in drei Fällen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ueber die Ursachen des Prozesses teilt der „Vorwärts“ folgendes mit:
Am 10. 11. und 12. Januar d. J. fanden in verschiedenen Stationen Hamburgs Frauenversammlungen statt, deren Zwecksetzung lautet: „Der deutschen Arbeiterinnen Brüdern.“ In diesen Versammlungen soll die Reichstags-Genossin Luise Ziegler, bei Erörterung der Flotten- und Reichswehrvorlagen und der damals beschützigen Wahlrechtsveränderung in Hamburg in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Reden der Verleumdung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt haben, weshalb sie sich aus den §§ 111, 115, 116 und 139 des Strafgesetzbuchs strafbar gemacht haben soll. Nebenbei aber können diese Versammlungen und die Reden, so behauptet der Anklagebehörde, den Zweck der Verherrlichung der russischen Revolution zu haben, denn in allen drei Versammlungen wurden Aussagen der russischen Revolutionäre selber gemacht, und die Rednerin schändete und rief aus: „Die Zeiten der Welt sind für die Frauen auf, wie in Russland an dem Kanar der Männer um die politischen Rechte zu kämpfen.“ Sie stellte die russischen Frauen als Vorbild für ihre Zuhörerinnen dar. Der „aufreizende“ Charakter der Reden soll in mehreren Stellen enthalten sein. Genossin Ziegler soll ferner auf Russland exemplifiziert und zur „Nachahmung“ empfohlen haben, wofür mehrere Stellen angeführt werden.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, schilberte ein Polizeibeamter, der als Zeuge vernommen wurde, Genossin Ziegler als eine sehr aufreizend wirkende Rednerin, die in äußerst gehässiger Weise ihre Gedanken in Worte kleide. Man habe so das Gefühl, als wenn jeden Augenblick das Wort: „Los auf die Beamten!“ fallen werde. — Der Staatsanwalt beantragte nach heftigen Ausfällen gegen die Genossin eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Die Verurteilung des Urteils erfolgte am Montag. Es lautete auf drei Monate Gefängnis.

Der Reichsverband als Reklametrampeter.

In Hannover-Binden hat sich bekanntlich das Wunder ereignet, daß sich die Stimmzahl der Altersschwachen und durch die Sünden der letzten Reichstagsession letzter belästerten nationalliberalen Partei bedeutend vermehrte, und es ist sehr begreiflich, daß man sich allgemein die Köpfe zerbricht, wodurch eine so außerordentliche aller Logik höhn-

sprechende Erscheinung möglich gewesen sei. Nun ist der Reichsverband mit der ihm eigenen Verschleiertheit vor die Kampe getreten, um den Beifall des entzählten Ordnungspublikums für sich allein in Anspruch zu nehmen. Er erklärt in seiner Korrespondenz, die Organisationen der bürgerlichen Parteien hätten schlecht oder gar nicht funktioniert. Und so sei es immer. Während die Organisation der Sozialdemokratie sich und fertig zu sein pflege, müsse der Reichsverband die Organisation der bürgerlichen Parteien immer erst wenige Wochen vor der Wahl gleichsam aus dem Nichts herauschaffen. Und das sei eine um so schwierigere Aufgabe, als der Reichsverband mit dem Ministerium der parteipolitisch eingeschorenen Wähler zu kämpfen habe. — Darauf antwortet der gekränkte nationalliberale „Hannoversche Courier“ mit der späten Bemerkung, die Tätigkeit des Reichsverbandes sei zwar sehr geräuschvoll, aber deswegen doch durchaus nicht vollkommen gewesen, während die nationalliberale Organisation tadellos funktioniert habe. Auch die „Nationalzeitung“ in Berlin wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die „etwas sehr reklamehafte Selbstverherrlichung“ des Reichsverbandes. Dieser mag nun allerdings mit einem gewissen Recht über den Ländchen der Welt klagen; er hat sich in Hannover heifer geschrien und erhält jetzt den Dank in der Form eines kalten Wasserstrahls. Aber der Reichsverband ist nun einmal der geschäftliche Agent, der die bürgerlichen Parteien gegen Wahlsünfälle versichert, und er kommt wieder beim Fenster herein, wenn man ihn zur Tür hinausgeworfen hat. Können sich doch selbst sozialdemokratische Abgeordnete und Redaktionen vor seinen aufdringlichen Selbstempfehlungen nicht retten.

Wiederaufleben der preussischen Ausweisungssucht.

Bereits am Sonnabend teilte das „Deut. Landt.“ mit, daß ihm neuerdings wieder eine Reihe von Ausweisungsbekanntmachungen seien. So habe man eine wohlhabende, politisch ganz indifferentere Familie ausgewiesen, obwohl dieselbe bereits seit 1 1/2 Jahren in Berlin gewohnt habe. Sonntag teilt das Blatt mit, daß dieser Fall keineswegs vereinzelte dastehende, daß ihm vielmehr eine ganze Anzahl ähnlicher Ausweisungen bekannt geworden sei, wo weder materielle Not noch politische Unzuverlässigkeit, noch sonst irgend ein anderer Grund“ für die Ausweisung vorgelegen habe. Von einem dieser Ausgewiesenen werde ihm die Projektur eines solchen Ausweisungsbefehls folgendermaßen geschildert:

„Vor sechs Wochen kam ich mit meiner Frau, die sich im jüdischen Krankenhaus einer schweren Operation unterziehen sollte, nach Berlin. Die Operation hat vor vier Wochen stattgefunden; nach ärztlichem Gutachten muß aber meine Frau noch circa drei Wochen im Krankenhaus bleiben. Vorgestern wurde ich nun zur Polizei bestellt. Zwischen einem Wachmeister und mir entwickelte sich nun das folgende, ziemlich unheimlich wiedererlebte Zwiegespräch:
Wachmeister (in strengem Tone): Was tun Sie hier?
Ich: Ich habe meine kranke Frau ins jüdische Krankenhaus gebracht, wo sie operiert worden ist; sie wird hier noch circa drei Wochen bleiben müssen.
W.: Was wollen Sie denn hier? Sie haben hier nichts zu tun, lassen Sie Ihre Frau hier, Sie fahren nach Hause.
Ich: Aber meine Frau ist noch krank, ich bin der einzige, den sie hier hat, der ihr etwas Tröst und Hoffnung zufprechen kann. Wir haben einen Paß, und ich kann ohne große Schwierigkeiten nicht allein fahren.
W.: Es wird auch so gehen. Wieviel Geld haben Sie?
Ich (zeige ihm ungefähr 1500 Mark).
W.: In vier bis fünf Tagen müssen Sie abreisen.
Ich: Aber das ist ja unmöglich, ich kann unmöglich meine kranke Frau hier allein zurücklassen. Weshalb denn das? Ich solle Ihnen doch hier nicht zur Last, ich bin ein wohlhabender Kaufmann, der hier jetzt schon manches Hundert Rubel ausgegeben hat.
W.: Darauf kommt es nicht an, Sie müssen fort; in spätestens vierzehn Tagen müssen Sie Deutschland verlassen.
Es scheint, als ob das drohende Wiederaufleben der Revolution in Russland die für die Ausweisungssucht verantwortlichen Behörden wieder völlig nervös gemacht habe.“

In der Adresse getret hat sich der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, indem er der „Sächs. Arb.-Ztg.“ eine Postkarte zusandte, auf welcher stand:

Berlin, Juni 1906.
Berecht. Redaktion!
Wir hatten uns erlaubt, Ihnen brieflich die Zuspätkommen unserer Korrespondenz gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck der Originalartikel kostenlos anzubieten, erhielten aber noch keinen Bescheid. Bitte um freundliche Rücksichtigung.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes.
Es ist recht unhöflich von den Kollegen unseres Dresdener Bruderverbundes gewesen, das freundliche Anerbieten nicht anzunehmen, zumal es sich in den Artikeln, deren kostenloser Abdruck offeriert wurde, darum handelte, unserer Partei in Sachsen bei den nächsten Reichstagswahlen möglichst viele Mandate abzunehmen.

Aus der Idiotenanstalt Kropp in Holstein kommt

ber von deren Leiter Pastor Paulsen herausgegebene „Kropper Kirchl. Anz.“, in dem sich folgende niedliche Abfälligkeit des Münchener allgemeinen Lehrertages befindet:
„Das man auf dem Lehrertage zu hören bekommt, ist die Sozialdemokratie in ihrer wüsten Gestalt... Die Lehrer wollen keine Kontrolle, das wollen die Sozialdemokraten auch nicht. Sie wollen lehren, was sie wollen, kein Mensch soll ihnen bremsen... Sie wollen von keiner Religion die Heilande der Welt. Es ist eine namenlose Frechheit, daß diese Schulmänner sich anmaßen, sie wollen jeder Kontrolle entgegen sein... Ist das nicht Größenwahn... Die Änderungen über Religion und Kirche beweisen eine solche Borniertheit und Unwissenheit der Elementarlehrer... Was das für ein elendes, unwillkürliches Volk ist, beweis der Schulrat Scherer aus Heften... Diese Rabagogen gehören in die Irrenanstalten... Der Staat hat die Pflicht, seine Bürger zu schützen gegen diese geschlossenen Gesellschaften.“

Es wird also nächstens der ganze allgemeine Lehrertag zu Pastor Paulsen auf Besuch gehen müssen.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag die Vorberichterstattung mit dem Reichsverband, sowie den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Kommunalabgabengesetze, soweit sich dies auf die Erhebung von Steuern und Gebühren für den Grundbesitz bezieht, an. Die Berichte über Reisen zum Studium des gewerblichen Unter-

nehmens in Nordamerika, besonders auf der Westausstellung in St. Louis, wurden durch Kenntnisnahme erledigt, nachdem die Abgeordneten (Presl. Wp.) ihre Freude über die Vorlegung der Berichte ausgedrückt und empfohlen hatten, die in Amerika gesammelten Erfahrungen möglichst für unser technisches Unterrichtswesen nutzbar zu machen. Der Bericht der Sitzung wurde, wie am Montag, mit der Erledigung von Petitionen ohne allgemeineres Interesse angeschlossen. Am Mittwoch liegen keine Vorlagen, Initiativanträge und Petitionen auf der Tagesordnung.

Die Schuldebatten der Obden.

Das Herrenhaus legte am Dienstag die Beratung der Schulvorlage fort. Parlamentarische Regeln, wie sie sonst üblich sind, gibt es in dieser Körperlichkeit nicht, die in Zusammenlegung und Verhandlungsweise eine fleischgewordene Parodie auf Parlament und Volksvertretung ist. So war z. B. ein wichtiger Paragraph, der § 23, längst erledigt, als plötzlich Junker v. Rittling sich erhob und erklärte, beim Niederschreiben eines Abänderungsantrages das Anrufen des genannten Paragraphen überhört zu haben. Im Reichstage, selbst im Abgeordnetenhaus hätte man dem Herren geantwortet, daß zu spät eben zu spät ist. Nicht so im Hause der geborenen, berufenen und präferierten Gesetzgeber. Die erlauchten und edlen Herren nahmen kurzer Hand den längst erledigten Paragraphen wieder vor und den einschneidenden Abänderungsantrag Rittling an, der die juristischen Freibandschäfte von einer ihnen lästigen Pflicht befreien will. Es half dem Finanzminister v. Rheinbaben nichts, daß er den Antrag als „unannehmbar“ bezeichnete. Das Zusammen des v. Rittling, daß man den Junkern unerbörte Lasten auflegen, dagegen ihnen alle Rechte nehmen wollte, fand nur allzu verständnisvolle Aufnahme bei den Geistes der Nation. — Gelesen wurde dagegen der Paragraph 22a, der die beschlagnahmte gesetzliche Festlegung der Kommunalisierung des Vermögensrechts der Gemeinden über ihre Schulgebäude enthält. Das Haus konnte seinen bürgermeisterlichen Mitgliedern, für die es der S. Danzig und Ven der - Breslau das Wort führten, um so leichter den Gehallen tun, als ja Gerichts- und Verwaltungspraxis so viel auf diesem Gebiete getan haben, daß zu tun nichts übrig bleibt. So konnte dann Herr St. und großmütig auf den Paragraphen verzichten. Der „Hinterparagraf“ 20, an welchem Junker und Pfaffen vom Kardinal Kopp geführt, noch einige Verschlimmerungen vornehmen wollen, wandert an die Kommission zurück, die ja wohl im Interesse eines Nationalkompromisses irgend eine „annehmbare“ Milderung ausfinden wird. — Am Mittwoch geht das Spiel schon um 10 Uhr los. Man will durchaus zu Ende kommen. Am Sonnabend soll das Gesetzwesen unter Dach und Fach sein und die Landtagsbünde geschlossen werden.

Ueber die Reichstagswahl in Altens-Herlorn

liegt die amtliche Zählung nunmehr vor. Danach erhielten Haberland (Soz.) 10,548, Müller (Presl. Wp.) 7886, Klode (Zentrum) 7774, Haarmann (natl.) 6552, Müller (Christl. Soz.) 1637 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem Zentrumskandidaten statt, der 88 Stimmen mehr als der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei erhalten hat.

Die nationale Entrüstung bürgerlicher Blätter wendet sich mit heiligem Eifer gegen den Vorschlag eines Graubünger politischen Blattes, ein deutsches Volk zu begründen, in welchem die Sache der Polen verhandelt werden soll. An und für sich ist natürlich nicht einzusehen, warum nicht auch die bürgerlichen und zum guten Teil kommen Polen die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen sollen. Die Sozialisten haben aber freilich alle Ursache, der Ausführung dieses Planes mit einiger Vorbeugehaltung entgegenzutreten; denn die preussischen Polen haben gar mancherlei zu erzählen, was ihnen Herren zu hören gar nicht lieb ist. Das geplante deutsche Polenblatt würde voraussichtlich eine politische Richtung einschlagen, mit der die Sozialdemokratie nicht einverstanden ist; jedes tatsächliche Material aber, das die preussisch-deutsche Gewalt- und Korruptionswirtschaft im Osten in ein besseres Licht rückt, würde der deutschen Arbeiterpresse durchaus willkommen sein.

Wachstein.

Die seitende Verhandlung im Prozesse gegen den Revisionssprecher Wachstein vor dem Reichsmilitärgericht endete mit der Aufhebung des Herrn Wachstein zu einem Tag Gefängnis verurteilenden Erkenntnisses des Oberkriegsgerichtes Münster. In der Begründung heißt es:

Maßgebend für den Senatsbeschluss war die Feststellung des Begriffs der Beschimpfung durch den Senat in der Urteilsbegründung vom 3. März d. J. Der Senat hat sich damals dahin entschieden: die Art und Weise der Kundgebung muß eine rohe, gemeine, verletzende sein. Diese drei Begriffe der Beschimpfung sind zusammengefasst; es muß also eine rohe und gemeine und verletzende Form vorliegen. Das Oberkriegsgericht hat sich nun dahin ausgesprochen, daß diese Begriffe als notwendig zu fassen seien, und deshalb ist auch in der Urteilsbegründung auf den Begriff „gemein“ überhaupt nicht eingegangen. Die entscheidende Rechtsauslegung des Oberkriegsgerichtes ist deshalb rechtsirrtümlich, und das ist um so bedeutsamer, als durch die materiell rechtliche objektive Auffassung auch die subjektive Auffassung beeinflusst werden muß. Die anderen Revisionsgründe sind hinjällig.

Demnach wird der Prozess demnach zum achten Mal verhandelt werden; er geht zunächst wieder an das Oberkriegsgericht Münster.

Der liegende Gerichtsstand.

Man schreibt uns aus Halle a. S.: Der bekannte Konsumvereinsleiter Professor Suchsland von hier hatte im Frühjahr in Frankfurt am Main vor Robatsparvereinsmitgliedern und Mittelständlern eine Rede gehalten, die in der Frankfurter Volksstimme kritisiert wurde. Es wurde besonders beklagt, daß Herr Suchsland bei seinem Kampfe gegen die Konsumvereine nicht ehrlich zu Werke gehe. Dies ergebe sich auch daraus, daß Suchsland in diesem Kampfe wegen Verleumdung des Redakteurs und Reichstagsabgeordneten Hehle vom Schöffengericht Halle mit 30 Mark bestraft worden sei. (Das Urteil ist später von der Strafkammer durch Vergleich aufgehoben worden.) Wenn Suchsland nicht wegen Verleumdung von Konsumvereinsangehörigen bestraft worden ist, so habe er dies nur der Gutwilligkeit dieser Angehörigen zu danken. In Suchslands Wahrheitsliebe dürfe man einige Zweifel setzen; der Herr leide an einer professionellen Zerknirschtheit. Herr Suchsland, der sich durch den Artikel beleidigt fühlte, klagte nun nicht in Frankfurt, sondern seiner Bequemlichkeit wegen vor dem Schöffengericht Halle gegen den verantwortlichen Redakteur Wilhelm Zander in Frankfurt. Das Robatspar Postamt hatte die Auskunft erteilt, daß zur Zeit zu e i Exemplare der „Frankfurter Volksstimme“ in Halle gefahren würden. Zanders Verteidiger bestritt die Zuständigkeit des Schöffengerichtes. Das Gericht erklärte sich aber zur Aburteilung des Falles für kompetent und verhängte gegen Zander eine Geldstrafe von 150 Mark.

Gesetzeswächter — Gesetzesverächter.

Zwei beim Amtsgericht in Jena bei Leipzig tätige Referendare, Johannes Erber aus Bremen und Fritz Dants aus Weiskensfeld, waren Gäste bei einem Privatvergessen im Schützenhause in Jena. Erber erhielt von einer jungen Dame, die er zum Tanz engagieren wollte, einen Korb, nachdem das holde Mädchen einem jungen Kaufmann etwas zugewinkelt hatte. Da sich sowohl Herr Erber als auch Herr Dants die Zornesröte an der Stirn, er ließ den Kaufmann Kieselwecker herausrufen und richtete an diesen die Frage, ob die junge Dame dem Kaufmann schon vorher den Tanz zugesagt hatte. Das wurde nicht nur bejaht, sondern noch hinzugefügt, daß der Herr Referendar bei seinem Benehmen den Damen gegenüber doch nicht erwarten könne, daß sie mit ihm lange das wüste flüchtig geredet werden. Die Stra-

des Courtaux... und Offizierskavaliere... wurde repariert... so schickte Dr. ... den anderen Referenten...

„Versammlungsrecht“ in Mecklenburg.

Vor 97 Jahren erließ der damalige Landesvater von Mecklenburg-Schwerin eine Bekanntmachung... in der er fund und zu wissen gab...

Dieser Gesetzes-Kababer... spürt noch heute im Ochsenkopf-Bande... und zwar in einer Gestalt... zu der er im Jahre 1851 heraufgeholt worden ist...

Auf Grund dieser... Verordnung... ist die Zeit der Reichstagswahlkampagne... wo ja das Ministerium die Versammlungen nicht verbieten kann...

Diese Verordnung muß aber auch sehr oft herhalten... das gewerkschaftliche Vereinsrecht zu unterbinden... Wleberholt ist es vorzunehmen...

Jetzt liegt wieder ein Fall eines Versammlungsverbotes vor... der da zeigt... was man den Arbeitern zu bieten mag... In demnächst sollte eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden...

Die Gewerkschaftsversammlung konnte nicht stattfinden... der Bürgermeister will das nicht! In der Gewerbeordnung gibt es zwar einen § 152...

Vom Kolonialskandal. Man teilt der „Voss. Zig.“ von unterrichteter Seite mit... daß weitaus der größte Teil der Mätre der Kolonialabteilung aus ihr ausscheiden wird...

Ausland.

Generalstabsgeheimnisse. Aus Paris wird der Wiener Arbeiterzeitung geschrieben: Der ehemalige Kriegsminister General Andre veröffentlicht jetzt im „Math“ Memoiren aus seiner Ministerzeit...

... pfeifen auf Sie! Und ich hätte einen Ausritt gemacht... wäre mir nicht der Geborske gekommen... daß ich ja den Text des Alltagsvertrages nicht kannte...

Mitteilungen wurde kurz darauf abgerufen. Die reaktionäre Presse ist natürlich über diese Entschließung wütend... Da sie aber nicht... daß sich die Einmischung des russischen Abplomaten in eine innerpolitische Angelegenheit Frankreichs...

Mafregelung von Lehrern in Frankreich. Die „Humanität“ veröffentlicht einige Fälle von Lehrermafregelungen... welche von neuem zeigen... daß Lehrer... Beamte usw. auch in der französischen Republik nicht ungestraft sich zu den Sozialisten zählen dürfen...

Unabhängige Arbeiterpolitik in Amerika. Samuel Gompers... der Präsident der Amerikanischen Federation of Labor... der stets die unabhängige Politik der Sozialisten bekämpft hat... und noch bekämpft... scheint nachgerade einzusehen...

Neueste Nachrichten.

Nationalliberale Zentrumverbrüderung.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden des nationalliberalen Wahlkomitees für Altona-Neudorf... spricht Garmann... der nationalliberale Kandidat... den Wunsch aus... bei der Stichwahl in Friesland für den Zentrumskandidaten zu stimmen...

Die Kronprinzessin

ist heute früh von einem Knaben entbunden worden.

Der große Kirchenbrand in Hamburg.

Das Feuer in der Michaeliskirche muß bei Reparaturarbeiten im Turm entzündet sein. Einer der Uhrzeiger sollte neu vergolbet werden. Bei dieser Arbeit wurde Feuer verwendet... und es muß angenommen werden... daß hierbei das Balkenwerk des Turmes Feuer fing...

übermenschliche Anstrengungen machte... war es ihr bis 11 Uhr Abend immer noch nicht gelungen... des Brandes Herr zu werden. Das Flammenmeer ist gleichzeitig liberal. Es ist ausgeschlossen... daß auch nur ein Teil der Kirche gerettet wird...

Todesurteil.

In Magdeburg verurteilte das Schwurgericht den Steinbrücker Ernst Wilde wegen Raubmordes an dem pensionierten Bahnwärter Demmig zum Tode. Wilde nahm das Urteil gleichmütig an.

Choleraepidemie.

In Stadt und Distrikt Manila ist eine heftige Choleraepidemie ausgebrochen... von der bisher vier Amerikaner betroffen wurden... einer derselben ist gestorben. Den 47. Geht an Cholera erkrankten Personen sind 41 gestorben.

Vergnügungen.

• Dominikaner. Seit Sonntag... den 1. Juli nahieren in diesem beliebten Familienlokal die Dominikaner... Sie haben sich bei ihrem ersten hiesigen Auftreten sofort viele Freunde erworben. Die Herren Fischer und Reichert erwählten sich als vorzüglichen Bassisten und Tenoristen...

Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7-9 Uhr statt. P... 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Date (3. und 4. Juli), Time (Nachm. 2 Uhr, Abends 9 Uhr, Morgs. 7 Uhr), and various meteorological measurements like Luftwärme, Luftdruck, Dunstdruck, etc.

Soeben ist erschienen: Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf. Material zu seiner Beurteilung. Preis 20 Pfg. Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Sehr interessant! Konfisziert gewesen! Der politische Massenstreik. Vortrag von Eduard Bernstein. Preis 20 Pfg. Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. Bisher erschienen: 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. 2. Das erste Lebensjahr... 3. Gesundheitspflege des Nervensystems... 4. Der Achtstundentag... 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse... 6. Das Schulkind... 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten... 8. Nahrung und Ernährung... 9. Wie sollen wir uns kleiden?... 10. Der Arbeiterschuss... Jedes Heft 20 Pfg. Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. Zu haben in der Expedition der Volkswacht und durch unsere Polypostreure.

Mercur-Kalender.
Breslau.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Paul Deybner, Kurze Gasse 53/55.
Kassierer: M. Peterhansel.

Gewerkschafts-Kartell.

Mittwoch, den 4. Juli:
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
Schweide. Wichtige Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 2.

Donnerstag, den 5. Juli:
Tapetier-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Vortrag des Sekretärs Neufirk.
Wasser. Vereinsversammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 2.

Sonntag, den 8. Juli:
Böttcher. Quartals-Versammlung Nachmittags 4 Uhr. Zimmer 1.

Montag, den 9. Juli:
Zentralverband der Schuhmacher. Berichterstattung von der Generalversammlung. Zimmer 2.

Dienstag, den 10. Juli:
Metallarbeiterverband (Bananschläger) Zimmer Nr. 3. Ohne Puch im Saal.

Sonntag, den 15. Juli:
Tapetier-Verband. Abends 6 Uhr: 50-jährige Jubiläumsfeier des Kollegen Kordese im Zimmer Nr. 2.
Freie Turnerschaft. Abends 7 Uhr: Quartals-Versammlung im Zimmer Nr. 1.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt 8 (Gräbischer Vorstadt). Mittwoch Zusammenkunft der Bezirksführer; wichtige Besprechung. Mitglieder sind eingeladen.
Distrikt 6 (Mikolajtor). Donnerstag, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder wegen einer sehr wichtigen Besprechung im bekannten Lokal.
Distrikt 14 (Oblauerter). Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal.
Distrikt 15 (Oblauerter). Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal. Besprechung über einen Ausflug; Jabladend; Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten sind mitzubringen.
Land-Distrikt 3 (Groß-Mochern, Kentschan, Cripian). Bezirk 3. Sonntag, den 8. Juli: Zusammenkunft der Mitglieder und Jagdtag im bekannten Lokal. Jeder hat zu erscheinen.

Landkreis-Distrikt 7. Bezirk 1. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Zusammenkunft bei Pohl in Roikretscham.
Land-Distrikt 8. Mitglieder-Zusammenkunft Mittwoch, den 4. Juli, Hundsfelder Chaussee. Nähere Mitteilung durch den Bezirkskassierer mündlich. Die Mitglieder werden erjucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Germania“. 1. Stellungnahme zur Kartellkonferenz. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Hirschberg. Wahlverein. Sonntag, den 8. Juli: Ausflug nach den Grenzanden. Abfahrt früh 8 Uhr 11 Min. vom Bahnhof Hirschberg bis Schmiedeberg. Alle Parteigenossen mit ihren Frauen sind dazu eingeladen.
Friedland, Kreis Waldenburg. Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Kreis-Wahlvereins. Sonntag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr in den „Fittschulmieren“.
Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Breslauer Sommer-Theater
(Liebichs Platz) Dir. Erich Ziegel
Mittwoch, den 4. Juli:
Juches und verlegtes Schindl
Gertrud Hysoldt, Alb. Steinfück,
„Nora“.
Ebenfalls von Hysoldt.
Abend 8 Uhr.
Im Saal: Reindel.
Donnerstag, den 5. Juli:
Abend 8 Uhr:
Gertrud Hysoldt, Albert Steinfück
„Gräbchen“.

Palmengarten.
Dir. H. Krstinik.
Neue Kapelle.
Cosentino.
Entrée frei!

Lüchtige Bantischler Gut erhalt. Hobelbänke
weiter gesucht 2839
Bantischlerei Matthiasstr. 175. Bantischlerei Matthiasstr. 175.

Musik!
Guter Schlagener (Kleininstrumente)
sucht Beschäftigt. Tel. u. O. O. Exp. d. Z.
Ord. Dienstmädchen
wird ver. bald gesucht. Von wem, zu erfragen bei Stadtm. Neumann, Friedland, Nr. Waldenburg. 2834

Hosennäherin
m. i. Poltestraße 4, I. Smolarek
Badewanne
zu verkaufen, evtl. zu vertauschen
Schötenstraße Nr. 53 (Klempnerstr.)

Sanf-n. Drahtseile, Sägematten, Zorn- u. Angel-Gerätschaften
seiner billigst [2334]
A. Gottwald
Kaiser Wilhelmstr. 2 (Eing. Friedländerstr.)

Schweißfüße
werden gereinigt und trocken bei Gebrauch von Erwin Meyer's 50 Pf. Einströmbänder 50 Pf. Dreiecke am Vorderhantel, Garment. 75. Gde. Reichenstraße. Nach auswärts 80 Pf. in Dreiecksmarkten. [2530]
Möbel zur Ausstattung
Spottbillig. Ganze Einrichtungen und einzelne Stücke. Große Auswahl. Schränke, Vertikals, Sofas, Glanztüren, Bettstellen, Spiegel sowie Kücheneinzel. 2707
Scheuermann, Matthiasstr. 15.

Eine gute gehende Restauration
im Arbeiterviertel und guter Gegend ist zu verkaufen. Zu erfragen bei Willner, Promnitzstraße 52, ptr. 2480

„Der wahre Jakob“
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Neu! Neu!
Sehr wichtig für Kommunalpolitik
Sozialdemokratische Gemeindepolitik
Kommunalpolitische Abhandlungen.
Heft 1: Kommunales Wahlrecht 30 Pfg.
2: Kommunale Arbeiterpolitik 40 „
3: Kommunale Schulpolitik 50 „
4: Kommunale Wohnungspolitik 50 „
5: Steuern und Gebühren 30 „
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Sonntag, den 8. Juli 1906
in den Gärten und Halle des Gewerkschaftshauses
zur Feier des 22. Stiftungsfestes des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
(Zahlstelle Breslau)
Grosses Sommer-Fest
bestehend in Instrumental-Konzert der P. Rüstow'schen Kammerkapelle, Gesang, Konzerte, sowie Solovorträgen und Theater, ausgef. v. d. Opernkapelle „Treu“, besonders hervorzuheben sind zwei Opernabende mit Erbsenbrotzeitung: a) Wehrhaft, b) auf beiderem Wunsch Die Wälsche am Schwarzwald. Der Würde des Festes entsprechend während der Pause im großen Saal:
Große Festrede
von Kollegen Dietrich.
Bei Eintritt der Dunkelheit großer Kinder-Festzug unter Vorantritt der Musikkapelle zum Schluss:
Grosser Sommernachts-Ball
verbunden mit Verlesung und Nimmervollstunde. — Anfang des Balles 9 Uhr, Anfang des Festes 10 Uhr nachmittags. — Programm à Fort n. 30 Pf. 2837
Kinder sind frei. Programme sind bei allen den feststehenden sowie Verfalls-Telegrammen zu haben. Ferner sind auch solche n. c. im Büro des Vereins, 27, 1 erhältlich.
Es ladet, und höchst ein
Das Vergnügungs-Komitee.

Achtung! Klempner Achtung!
Sonntag, den 7. Juli er. findet in unserem Vereinslokal Kleine Grosse Gasse Nr. 15 eine
Mitglieder-Versammlung statt.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kaul über: „Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen.“
2. Verschiedenes. 2835
Da wir beabsichtigen die Versammlung punkt 8 1/2 Uhr zu eröffnen, erwarten wir auch pünktliches und vollständiges Erscheinen. **Frauen sind hierzu besonders eingeladen!**
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Etabliss. „Scala“
Nikolaistraße 27.
Die geehrten Vereine mache ich darauf aufmerksam, daß mein großer Saal für diesen Monat noch an einigen Sonntagen sowie Sonntags für Vergnügungen frei ist und bitte um rechtzeitige Bestellungen.
Hochachtungsvoll
Conrad Scholz
Nikolaistraße 27 (Scala). 2824

Zahnärztliche Klinik „Volkswohl“
Breslau, Ring 17 (Bachseite).
Behandlung durch staatlich approbierten Zahnarzt.
Klinikpreise. 2758

Achtung! Altwasser. Achtung!
Einem geehrten Publikum von Altwasser und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das
Barbier- und Friseurgeschäft
von Herrn Papsdorf übernommen habe und bitte mich in meinem Unternehmen zu unterstützen. — **Prompte und saubere Bedienung** wird zugesichert.
Hochachtungsvoll
Max Göppert, Friseur. 2836

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Gastspiel
Folies Caprice
aus
Berlin.
Anfang 8 Uhr.

Möbel
für M. 28.
Anz. M. 10.
für M. 198.
Anz. M. 20.
für M. 208.
Anz. M. 30.

Zeltgarten
Dir. H. Krstinik.
Hau für Breslau!
Damen-Ringkampf-Konkurrenz
um den ersten Preis von Breslau im Ringkampf von
1500 Mark.
Dente, Mittwoch
2 grosse Ringkämpfe
Olly Zillinsky (Danziger) gegen
Erika Bertram (Hambur.)
Mary Merzier (Wien)
Karl Walter (Franken.)
Das ist ganz neu!
Spezialitäten, u. a.
Les Leandras.
bei Dente an der Kochstr.
L. Glaser.
bei Dente an der Kochstr.
Ganz 21. Mittwoch 40 Pf.

Einzelne Möbel
Schränke, Tische, Matratzen, Sofas, Divans, Bettstellen, Vertikals, Büffets etc. etc.
Anz. v. M. 5.— an.
Herrn-Anzüge
Anzahlung v. M. 7.— an.
Damen-Konfektion
Manufaktur- und Weisswaren
Anzahlung v. M. 4.— an.

SCALA.
Einziges überdachtes Sommer-Variété
Nikolaistraße No. 27.
Das vollständige neue Programm.

S. Osswald
Schubbrücke 74, I., II., III.
gegenüber der Magdalenenkirche.
Kredit auch nach Erwähl.
Kataloge gratis und franko.
Sonntags geöffnet von 8—9 und von 11—2.
Auch gegen bar. 2829

Dominikaner. Bennewig-Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ganz 10 Pf. — Reserviert 20 Pf.

An das kaufende Publikum!

Von ganz besonderem Interesse für das kaufende Publikum ist der **grosse Sommer-Ausverkauf** im Warenhause **Messow & Waldschmidt**, alljährlich nur einmal wiederkehrend. Wie nicht anders zu erwarten, übt der Räumungs-Verkauf eine derartige Anziehungskraft auf das kaufende Publikum aus, dass die grossen Verkaufsräume bei weitem nicht ausreichen und hunderte unverrichteter Sache fortgehen müssten. Es sollte daher niemand versäumen, die nächsten grossen Verkaufstage zu besuchen. Wir bemerken, dass Wiederverkäufer erst nächste Woche berücksichtigt werden können, da die **grossen Vorteile** dieses Ausverkaufes **in erster Linie der Detail-Kundschaft zu gute kommen sollen.** — Die Preise übertreffen alles bisher dagewesene.

Schadensersatzansprüche wegen ver- säumten Markenklebens.

Durch die Nachlässigkeit, wenn nicht gar durch das böswillige Verschulden seines Arbeitgebers ist so mancher Arbeiter um seine Ansprüche auf die gesetzlich ihm zustehende Invaliditäts- oder Altersrente gekommen. Besonders ärztlichen Arbeitern und im Gefindepberhältnis stehenden Personen ist dieses Schicksal oft beschieden. Zwar sieht das Gesetz eine Schadensersatzpflicht des Arbeitgebers vor, aber wenn nicht Unwissenheit den Arbeiter überhaupt davon abhält, den Klageweg zu beschreiten, so ist der Kampf um die Entschädigung meist ein überaus langwieriger und schwieriger, daß oft Jahre vergehen, ehe der Invalide in den Genuß seiner mehr als bescheidenen Rechte gelangt.

Dies mußte auch eine auf einem oberflächlichen Gute beschäftigte, 60 Jahre alte Arbeiterin erfahren. Sie war bereits im Jahre 1903 erwerbsunfähig geworden und hatte Anspruch auf Invalidenrente erhoben. Sie wurde aber von der Schiedsgerichtlichen Landesversicherungs-Anstalt, und auf eingeleitete Berufung auch vom Schiedsgericht abgewiesen, weil ihre Entlassungsart nicht ordnungsgemäß beliebt war. Es waren nämlich erst im September 1902 Marken für vier Jahre nachgeliefert worden, sodas zur Zeit des Unfalls die Marke Marken für 25 Wochen ammeis - hienon - ... nach den gesetzlichen Bestimmungen nur 120 als noch rechtzeitig im Markt sein gelte, und infolgedessen war die gesetzliche Wartezeit von 200 Wochen nicht erfüllt. Für die Versäumnis machte die Arbeiterin den Unternehmer als ihren Arbeitgeber verantwortlich und verlangte ihn auf Ersatz der ihr entgangenen Rente von 120 Mark jährlich.

Das zuständige Landgericht erkannte nach dem Klageantrag. Auf die Verurteilung des Verklagten hob das Oberlandesgericht Breslau die Berufung auf und wies die Klage ab, weil dem Verklagten kein Verschulden nachzuweisen sei. Wäre der Klägerin wäre es gewiss, für ihre Entlassungsart zu sorgen und den Arbeitgeber zum Markten anzuhaltend, aber sie habe ihm keine Marke vorgelegt. Tageslang der Vertreter der Klägerin Stellung ein, indem er behauptete, die Sorge für die Entlassungsart sei eine Vertragspflicht des Arbeitgebers, welche sich insbesondere aus den Paragraphen 616 bis 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches ergabe. (§ 616 und § 617 regeln die Verpflichtung des Arbeitgebers bei vorübergehenden Verhinderungen und Entlassungen des Lohnverpflichteten, § 618 macht den Arbeitgeber bei schuldhafter Nichterfüllung der ihm im Hinblick auf das Lebens und der Gesundheit des Findenden obliegenden Verpflichtungen Schadensersatzpflichtig.) Das Reichsgericht hob die Entscheidung des Oberlandesgerichts auf und wies die Sache in die Berufung zurück. In den Entscheidungsgründen wird angeführt, daß aus dem Inhalt des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes eine Erweiterung der aus dem Arbeitsvertrage erfließenden Verpflichtung des Arbeitgebers nicht unmittelbar heranzuleiten sei. Die die Versicherung selbst nicht betragende sei, so seien es auch nicht die in ihrem Interesse den Beteiligten auferlegten Leistungen. Ebenfalls sei sich aus den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Arbeitsvertrag die von der Klägerin behauptete Erweiterung der Vertragspflichten des Arbeitgebers nachzuweisen. Allerdings seien die §§ 616-618 aufgestellt worden, um im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer die Vertragspflichten der Arbeitgeber zu erweitern, aber sie hätten den Charakter positiver Sonderbestimmungen und begründeten daher nicht die Ausnahme eines allgemeinen Rechtsprinzips, für den auch, was die Markenverwendung anlangt, ein unabweisbares Bedürfnis nicht bestehe, weil die Arbeiter völlig in der Lage seien, selbst sich eine Quittungsart zu verschaffen und die Verwendung von Marken zu überwachen. Trotzdem sei es rechtlich nicht möglich, wenn das Berufungsgericht gramlos und ohne Eingehen auf die Lage des Falles verneine, daß der Verklagte vertraglich zur Verwendung von Marken habe verpflichtet sein können.

„Wie es möglich ist“ — so sagt die Entscheidung — „daß der Arbeitgeber ausdrücklich sich dem Arbeiter gegenüber zu der in Rede stehenden Leistung verpflichtet, so können besondere Umstände zu der Annahme berechtigen, daß unangelegentlich die Beteiligten gewollt haben, der Arbeitgeber solle mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages zugleich die Ver-

sorgung für die Markenverwendung übernehmen. Wenn innerhalb eines gewissen Zeitraumes die Verlehrsliste sich so gestaltet, daß der Arbeitgeber regelmäßig nicht bloß die für gemachte Lohnabzüge angeschafften Marken verwendet, sondern darüber hinaus die Verlehrsliste der von ihm beschäftigten Personen feststellt und die Anschaffung von Quittungsarten beauftragt, so wird durch dieses Verhalten des Arbeitgebers der einzelne Arbeiter zu der Meinung veranlaßt werden können, daß jener, was er bei den Mitarbeitern als selbstverständlich mit, auch ihm gegenüber selbstverständlich übernehmen werde. Liegt aber die Sache so, so muß nach § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Arbeitgeber auch gegenüber dem auf diesen Brauch sich verlassenden Arbeiter seine Leistung als Arbeitgeber so bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Bei staatlichen, von Beamten geleiteten Arbeitsbetrieben und auch sonst bei größeren Betrieben wird nicht ganz selten der Brauch sich eingebürgert, daß die Arbeiter sich in der erwähnten Richtung auf den Arbeitgeber, wie diesem bekannt ist, verlassen, und dann wird die Erwartung der vertraglichen Leistungspflicht des letzteren gemäß § 242 angestärkt sein.“

Treffe das für den vorliegenden Fall zu und werde die Erfüllung angemessen, so sei die Unwendbarkeit des § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches (wonach der Schuldner ein Versehen seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, in gleichem Maße zu vertreten hat, wie eigenes Verschulden) die notwendige Folge. Auf der anderen Seite sei aber auch, weil nicht Erfüllung, sondern Schadenerfolg gefordert wird, die Ersatzpflicht des Verklagten nach § 254 (das heißt unter Verächthigung einzelner Verhältnisse der Beschäftigten) abzuwägen.

Das Oberlandesgericht Breslau hat nunmehr erneut in der Sache verhandelt und, nach der „Schl. Ntz.“, zunächst Beweisergänzung darüber beschlossen, ob es in dem Betriebe des Verklagten üblich war, daß der Arbeiterschaft die Fürsorge für die Quittungsarten abgenommen wurde.

So werden also wiederum Monate vergehen, ehe das Oberlandesgericht von neuem entscheidet, vielleicht wird auch das Reichsgericht noch einmal mit der Sache befaßt werden, und so kann es kommen, daß die bereits seit drei Jahren um ihr Recht kämpfende Gattin in dessen Genuß treten wird, wenn sie bereits der Hufen bedr. Die Existenz des Arbeiters ist aber bis ins höchste Alter hinein gefährdet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Juli.

Auswüchse des geschäftlichen Lebens.

In modernen geschäftlichen Leben finden sich Auswüchse, die gleich scharfen Klagen aus der Erde schießen, und deren radikale und schleunige Beseitigung im Interesse des Allgemeinwohl dringend erforderlich wäre. Infolge von Prekaritäten sind in letzter Zeit erfreulicher Weise die Sicherheitsbehörden wenigstens einer Spezies dieser Auswüchse energisch auf den Leib gerückt, nämlich den Paralelschwindlern. Es ist zu wünschen, daß sie diese Wirksamkeit auch den übrigen Verhältnissen des geschäftlichen Lebens schenken, deren es eine große Anzahl gibt und unter denen nicht zuletzt die Arbeiter zu leiden haben. Wir glauben, den Sicherheitsbehörden und der Allgemeinheit einen Dienst zu erweisen, wenn wir diese Verhältnisse bei ihrem Namen nennen, und ihre Schädlichkeit und Gefährlichkeit näher beleuchten.

Unsere heutigen Zeiten seien zunächst der Giftpflanze gewidmet, die sich „Detektiv-Bureau“ bezeichnet und welche sich heute in allen deutschen Großstädten verfindet. Diese geschäftlichen Unternehmungen, deren Gründer fast ausnahmslos Leute von zweifelhafter Vergangenheit, und mit weitem Gewissen sind, kündigen in Zeitungs-Annoncen an, daß sie sich außer der Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse, Charakter, Vorleben, Lebenswandel von Personen, auch mit Beschaffung von Beweismaterial zur Begründung von Ehescheidungen, sowie zu allen Prozeß- und Privatangelegenheiten befassen. Gerade die letzte Tätigkeit der Detektiv-Bureaus — die Herbei-

schaffung von Beweismaterial für Durchführung von Prozessen, besonders aber für Ehescheidungs-Prozesse — erscheint uns, wie auch die Erfahrung bestätigt, in mehr als einer Hinsicht bedenklich, und nicht weniger als einwandfrei. Wenn es in den von den Detektiv-Bureaus ausgehenden Zeitungs-Annoncen wie gewöhnlich heißt: „Stichhaltiges Beweismaterial für alle Prozesse, Ehescheidungen, Meinungs, Beschuldigung etc.“, so ist dies keineswegs so zu verstehen, wie es die Inhaber der Detektiv-Bureaus der Behörde, nicht aber ihren Klienten gegenüber glauben machen wollen, daß nach bereits vorhandenen Beweismitteln, die der Prozeßführende nicht ermitteln kann, recherchiert werden soll, beivielwechse, wenn es sich um einen Zeugen handelt, dessen Aufenthalt unbekannt ist, sondern in Wirklichkeit erzieht sich das Bureau, noch nicht vorhandene Beweismittel erst zu schaffen. Diese Tätigkeit erwartet auch, wie bereits in der Vorrede des Bureaus wohl bekannt ist, derjenige, der sich an ein Detektiv-Bureau in einer solchen Angelegenheit wendet. Es liegt schon in der Natur der Sache, daß es bei dieser Art von Beschaffung von Beweismitteln, die unter allen Umständen und mit allen Mitteln erfolgen soll, nicht lauter zugehen kann, sondern begründeter Verdacht besteht, daß dies nur durch Vergebung strafbarer Handlungen, wie Urkundenfälschung, Verleitung zum Meineid etc. geschehen kann. Freilich hätten sich die meisten Inhaber der Detektiv-Bureaus, sich für ihre Auftraggeber auf diese Art zu ergründen; sie versprechen zwar denselben, nachdem sie ihnen einen Vorbehalt abgehandelt haben, in ihrem Sinne tätig zu sein, verhalten sich in Wirklichkeit aber unethisch, und bekennen hinterher, daß ihre Ermittlungen keinen Erfolg gehabt hätten.

Wie die Detektiv-Bureaus zu verfahren pflegen, zeigt sich am besten in ihrer Tätigkeit in Ehescheidungs-Angelegenheiten. Ein Ehegatte ist des Ehejoches müde, und möchte sich gerne scheiden lassen. Da er sehr gut weiß, daß ihm kein gesetzlicher Ehescheidungsgrund zur Seite steht, wendet er sich nicht etwa, wie es gewöhnlich in diesen Fällen geschieht, an einen Rechtsanwalt, sondern an ein Detektiv-Bureau, damit dieses einen Ehescheidungsgrund — gewöhnlich ist es Ehebuch — mit Hilfe von Zeugen konstruieren soll. Der andere Ehegatte wird jetzt von einem oder mehreren Nachforschern des Bureaus, — in der Regel auch sehr zweifelhafte Individuen — dahin beobachtet, ob er sich eine erhebliche Unreue zu schulden kommen läßt. Dabei sind die Nachrechner eifrig bemüht, der rigierten Person aus jeder harmlosen Äußerung oder Handlung einen Strich zu drehen. Führt ihre Bigilanz trotzdem zu keinem praktischen Resultat, so versuchen sie es auch bisweilen, mit einer Verführung zum Ehebuch, oder mit anderen unlauteeren Mitteln, an ihr Ziel zu gelangen. Ähnliche Praktiken der Detektiv-Bureaus, die sehr wohl ohne nachteilige Folgen für das Publikum zu entbehren wären, stehen sich zu Tugenden anführen. Als Beispiel der Unverschämtheit erscheint uns ferner, daß sich die Inhaber von Detektiv-Bureaus, setzen sie, was häufig genug der Fall ist, unbelobte Persönlichkeiten sind, sich dazu erbieten, über moralische und Charakter-Eigenschaften ihrer Mitmenschen Auskunft zu geben. Die gewerbetreiblichen und sonstigen Bestimmungen geben der Polizeibehörde eine ausstreckende Handhabe, den Geschäftsbetrieb der Detektiv-Bureaus zu überwachen. Mögen sie von dieser Befugnis einen ausgiebigen Gebrauch machen, und rücksichtslos einschreiten, wo sich Anlaß dazu bietet. Am besten wäre es freilich, wenn dieser Gewerbebetrieb überhaupt unterlagst werden könnte oder wenigstens dessen Betrieb von einer Konzession abhängig wäre, wozu es leider heute an einer gesetzlichen Handhabe noch fehlt.

Metallarbeiterverband und Gewerbeverein.

Man schreibt uns: In der Gewerbevereinsversammlung der Maschinenbauer und Schlosser am 28. d. M. in den Union-Sälen glaubte Herr Mladet sein Vortreten an dem Metallarbeiterverband fühlen zu müssen: die frägen Bestimpfungen, wie sie nur erdacht werden können, wurden da vom Stapel gelassen, um nur die

Naturkunde.

Die Regierung spricht zum Parlamente in dem annehmlichsten Einverständnis. Wenn sie gleich die Meinung bitter trennte, Troy des Widerspruchs und abschon.

Ungegriffene Erzallgenen lächeln Wehmutsvoll in ihrem Seelenschmerz, Doch kein Sturm erhebt sich, nur ein Häkeln Reisen Unmutts wehet durch das Herz.

Sie und da durchbricht Natur die Schranken Welche die Gestirne uns gefest, Es geraten Formen in das Wanken, Die man sonst nicht ohne Schen verlegt.

Der Naturlaut, mag er uns empören, Aber eines ist er: Er ist wahr! Und indem wir ihn erschrocken hören, Wird uns doch die echte Meinung klar.

So als Deimling tritt für seinen König, Derb und drohend und solbatisch barst; Ja, da sah man: Kriegen sie zu wenig, Treten sie dem Reichstag in den Rücken.

Peter Schlemihl.
(Simplicianus.)

Aus aller Welt.

Kirchenbrand in Hamburg. In der großen Michaeliskirche, ist am 3. Juli, Nachmittags um 2 1/2 Uhr Feuer ausgebrochen. Das Feuer kam aus dem Turme aus. Der diensthabende Fernetelegraphist sowie zwei bei der Reparatur der Turmuhr beschäftigte Mechaniker und ein Uhmacher kamen ums Leben. Der Brand ist höchstwahrscheinlich bei diesen Reparaturarbeiten entstanden. — Um 3 Uhr rückte der Turm ein. Es gilt infolgedessen für ausgeschlossen, daß die Kirche gerettet werden kann, trotzdem sämtliche Feuerwehrrüge zur Bekämpfung des Brandes angetrieben sind. Beim Einsturz des Turmes, der nach der englischen Planke hin erfolgte, sprang das Feuer auf die benachbarten Häuser über.

Die an die Kirche angrenzende Häuserreihe an der englischen Planke ist von den Flammen ergriffen, die vordersten Häuser sind bereits ausgebrannt. Das Feuer nimmt große Ausdehnung an. Der Dachstuhl der Kirche ist vernichtet, der Brand hat auf das Innere der Kirche übergegriffen. Das Kircheninventar und die Kirchenbücher konnten gerettet werden. Sämtliche Feuerwehren sind angestrengt tätig, doch haben ihre Bemühungen, die umliegenden, noch unverlehten Gebäude zu retten, nur teilweisen Erfolg, da infolge des ungünstigen Windes die Flammen sich weiter ausbreiten. Um 4 Uhr Nachmittags rückte der Dachstuhl mit donnerähnlichem Getöse in das Innere der Kirche.

Hamburg, 3. Juli. (Abends.) Nach angestrengtester Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, gegen 5 Uhr den Brand in ihre Gewalt zu bekommen. — Um 7 Uhr war die Michaeliskirche bis auf die Umfassungsmauern vollständig ausgebrannt. An der Föschung des Feuers arbeiten noch 10 Dampfströgen, die mit 40 Röhren Wasser geben. Etwa 20 Gebäude, meist Fachwerkbauten, in der Umgebung der Kirche sind niedergebrannt. Ein großes Wohnhaus an der englischen Planke ist völlig ausgebrannt. Eine Kompanie des Regiments „Hamburg“ war auf der Brandstätte zur Unterstützung der Feuerwehr anwesend. Der Brand dauert noch an, ist aber auf seinen Hebd beschränkt. Alle Zugangsstraßen zur Brandstelle werden von einer nach Tausenden zählenden Menschenmasse belagert.

Folgen des „herrlichen“ Krieges. Ein trauriger Geburtstag ist der 3. Juli für den früheren Landwirt Robert Trend in Schöneberg bei Berlin. Am 3. Juli 1866 erhielt er bei Königgrätz einen Schuß durch beide Augen und das Nasenbein und verlor das Sehvermögen für alle Zeit. Der Arme, damals kaum 27 Jahre alt, war schon verheiratet, und seine im Jahre 1887 gestorbene erste Frau ward seine treue Pflegerin. Seine beiden Kinder und auch seiner eigenen großen Hilflosigkeit wegen, ging er 1890 eine zweite Ehe ein, aus der vier Mädchen stammen. Robert Trend muß, da die rechte Augenhöhle heute noch absonderlich, stets einen schweren Verband tragen, den eine schwarze Binde schließt.

Gräuungen. Am Sonnabend ist von Wilhelmshaven nach Wangeroo ein mit sechs jungen Leuten besetztes Segelboot abgegangen, über dessen Verbleib keine Nachricht vorliegt. Das Gesandnis der Wörberin. Am 3. Juli (Sachsen) wird gemeldet: In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Schweflern Friederike und Marie Keller, die beschuldigt werden, die

Köchin Marie Mayer am 25. Januar im Ropozaben bei März-zuschlag ermordet zu haben, hat Friederike Zeller eingestanden, den Mord vollzogen zu haben.

Auf seine 11jährige Stiefschwester schloß in Nowawes Kr. Zeltow, ein 7jähriger Knabe. Er hatte von ihr eine Ohrfeige bekommen und wurde darüber so wütend, daß er in die Nebenstube eilte, einen dort liegenden geladenen Revolver ergriff und auf die Schwester abfeuerte, die in den Kopf getroffen wurde. Die Eltern waren ausgegangen. Nachbarn eilten herbei und brachten das Mädchen nach dem Oberlin-Krankenhaus, wo es sehr bedenklich darniederliegt.

Heinrich Heines Ballschuhe. Bei Swan, Sonnenschein und Kompanie in London ist unlangst ein „Dictionary of quotations“ erschienen, das sich als ein erweiterter „Büchmann“ darstellt und nicht nur geflügelte Worte, sondern auch solche, die es werden wollen oder zu sein verdienen, enthält. Besonders reichlich ist aus Heines Gedichten geschöpft worden, wogegen nichts einzuwenden ist. Im Gegenteil! Aber gegen die Erklärung, die dort dem bekannten Bierzeiler Heines

„Anfangs wollt' ich fast verzagen,
Und ich glaubt', ich trüg' es nie;
Und ich hab' es doch getragen,
Aber fragt mich nur nicht: wie?“

mit auf den Weg gegeben wird, möchten wir uns doch ein wenig sträuben. Die Herausgeberin meint nämlich, Heine habe diese schönen Verseilen vielleicht auf einem Ball verfaßt, als ihn seine engen Tanzschuhe aufs empfindlichste drückten und belästigten. Diese Erklärung wirkt geradezu faszinierend. Man glaubt der Sänger des Buches der Lieber vor sich zu sehen, wie er mit schmerzlichen verzogenen Gesichtszügen im Ballsaal umherhinkt und die obigen Verseilen niederschreibt. Die Fortschritte in der Heine-Forschung sind wirklich unvergleichlich. Es bleibt jetzt nur noch festzustellen, welcher Fußbelledigungskünstler die Schuhe geliefert hat und bei wem Heine eingeladen war.

Eine herrenlose Million. Kürzlich ist in Wien der frühere Universitätsprofessor und Abgeordnete Hofrat Dr. Wenzel Zuzkandl in geistiger Umnachtung gestorben. Er erregte vor einigen Wochen dadurch großes Aufsehen, daß er in einer Wirtshaus ein Paket mit 60.000 Kronen in Banknoten liegen ließ. Ein Kellner fand es und erlag aus der im Paket befindlichen Zuzkandl eines Wirtshauses, daß der Verleierter Professor Zuzkandl sei. Er begab sich sofort zu ihm, um ihm das Geld zurückzugeben, worauf der Professor in bestigter Weise den Kellner anfuhr, wie er immer „anne, ihm fremdes Geld zu bringen. Er fuhr dann mit dem Kellner nach dem Wirtshaus und gab auch dort seiner Entrüstung darüber laut Ausdruck, daß man ihm fremdes Geld gefandt habe. Als der Kellner erfuhr, das Geld gehöre doch Professor Zuzkandl, fuhr der Professor mit dem Kellner zum nächsten Polizeiamt und verurteilte

Mitglieder zu überzeugen, wie schlecht der Metallarbeiterverband sei und wie herrlich schön dagegen die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins hätten. Obwohl es sich um keine wirtschaftliche Verbesserung gehandelt habe, habe der Metallarbeiterverband seine volle Schuldigkeit getan und die Mitglieder bei den geringen Beiträgen mehr unterstützt als der Verband. Nun sei der Metallarbeiterverband fürchtbar aufgebracht darüber, daß die Gewerkschaften die Arbeit drei Tage vor der allgemeinen Aufhebung der Auslieferung aufgenommen haben und er streite in die Welt hinaus; der Gewerkschaftsverein habe Verrat geübt. Gegen diese Beschuldigung habe der Gewerkschaftsverein ein Flugblatt erlassen und darin die Leiter der Ortsverwaltung bezichtigt, die Verfasser des Flugblattes des Metallarbeiterverbandes als edellose Lügner und Verleumdung hingestellt, und der Metallarbeiterverband rühre sich nicht, und erwidere auch nichts. Nicht der Gewerkschaftsverein habe Verrat geübt, sondern der Verband an dem Gewerkschaftsverein, indem er in dem schweren Kampfe seine eigenen Wege ging und trotz mehrfacher Aufforderung mit dem Gewerkschaftsverein gemeinsame Sache nicht machen wollte, das war ein Verrat an der Arbeiterschaft. Der Metallarbeiterverband werde sich nicht wundern dürfen, wenn bei kommenden Lohnbewegungen der Gewerkschaftsverein seine eigenen Wege gehen und selbständig mit den Unternehmern verhandeln wird, wenn die Leitung des Verbandes sich auch ferner auf den strikten Standpunkt stellt, allein dominierend zu sein. In Laßdorf befindet sich noch kurze Zeit vor der Aufhebung der Betriebe mit den Unternehmern verhandelt zu haben, unterhandelt hätte er allerdings einige Wochen nach Ausbruch des Kampfes, aber die Verhandlungen hätten zu nichts geführt, doch sei ihm recht zu machen, daß man den Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins Gelegenheit geben werde, ihre alten Plätze wieder einzunehmen, denn man konnte voraussehen, daß manche Arbeiter draußen sein werden. — Danach hat der Gewerkschaftsverein, daß alle seine ausgesprochenen Mitglieder ihre Plätze bis auf den letzten Centimeter werden und dadurch erklärt hat, was die Dittsch-Dankstauer haben danach ohne Not — denn nach dem Ausbruch des Herrn Laßdorf waren Unternehmungskelder in Laßdorf und Pöls vorhanden — die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, nur um den Verhandlungen vorzukommen und die alten Stellen zu beziehen. Die wackleren Leute über das, daß sie nicht mit ihnen sich abfinden, sondern die Arbeit auf die Bedingung auf, daß der Gewerkschaftsverein mit der vorerwähnten Lohnbewegung noch etwas anderes in der Hand hätte, nämlich daß durch die Wiederannahme der Arbeit das Bestehen des Metallarbeiterverbandes auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, um die gekündigt worden sind, vorzuzugeworfen werden sollte, daß auch der Verband bedingungslos sich ergeben sollte. Die Unternehmern glaubten mit dem Verband eher fertig zu werden, wenn sie mit dem Gewerkschaftsverein Frieden schloßen, und bezog bei der Gewerkschaft den Unternehmern die Hand geboten. In Laßdorf kein Verrat? Und nun, was wäre erst geschehen, wenn der Metallarbeiterverband mit dem Gewerkschaftsverein gemeinsame Sache gemacht hätte? Daß dieser nicht bündnisfähig ist, kann durch den Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter am besten bestätigt werden. Inzwischen dem Gewerkschaftsverein, dem Gewerkschaftsverein und dem Holzarbeiter hat ein Selbstständigkeitsbündnis bestanden. Durch Umkehr haben die Leiter des Verbandes, Sabel vom Gewerkschaftsverein, Grube vom Holzarbeiterverein herbeigeführt, die Arbeit nun gemeinschaftlich aufzunehmen, und was ist geschehen? Verrat ist geschehen, so daß die Leiter sowohl die Dittsch öffentlich erklärten, mit dem Gewerkschaftsverein keinerlei Gemeinschaft mehr haben zu wollen. Der Gewerkschaftsverein habe die Wiederannahme der Arbeit befohlen. Hätte das nicht auch bei den Maschinenbauern so der Fall sein können?

Das Herr Laßdorf sich drehen und winden wie er wollte, was er schimpfen und kränzen, wie er vermag, der Laßdorf nicht am Gewerkschaftsverein halten; selbst auch, wenn die Beamten des Holzarbeiterverbandes am dem Gewerkschaftsverein nicht laß gehalten hätten, dürfte er dem Verband nicht in den Rücken fallen, das war, wie ausgedrückt, ein unehrerlicher Rückzug, wenn Mittel zur Unterstützung ausreißend vorhanden waren. Das Wort ist nicht gelungen, das Unternehmern hat sich dem Verbande ergeben und schauflerentzogen gemacht, die jetzt auch den Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins zu gute kommen. Alle Flugblätter des Gewerkschaftsvereins, und wenn sie noch mehr gibt und alle lesen werden diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Herr Laßdorf hat den Verband noch dadurch zu steifen, daß er ihm vorwirft, die Bewegung der Selbstständigen zu vernachlässigen, in Berlin hätten sie sich durchgerungen. Nun, der Gewerkschaftsverein, der sich auf einmal so furchtbar, her soll doch einmal setzen, er ist selbständig handlung und etwas erreichen kann. Der Gewerkschaftsverein hat ja auch einen Lorin den Unternehmern anzuwenden, und zwar noch früher als der Verband. Möge doch der Gewerkschaftsverein einmal vorgehen, der Metallarbeiterverband nicht den nicht in den Rücken fallen, dessen kann der Gewerkschaftsverein sicher sein.

Wird die Lohnbewegung die Wege wie können den Lohn, es ist den Lohn nicht darum zu tun, der Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern nur Unfrieden in der gesamten Arbeiterschaft zu stiften, Mitglieder zu treiben

und Liebestenerlei den Unternehmern gegenüber zu kermeln. Möge die gesamte Arbeiterschaft ihr Urteil selbst fällen, die Metallarbeiter in ihrer Gesamtheit können es aber ab, fürderhin noch einmal mit den Herren Land in Hand zu geben.

Unsere Wochenrapporte vom Saalkampfe.

Unser Vorkostfeldzug macht überall sichtbare Fortschritte. In Tschansch würde es bei Ränisch und bei Kasper am vorigen Sonntag recht kranzig bestellt gewesen sein, wenn nicht Kriegervereiner, die am Nachmittage an einer Weerdigung teilgenommen hatten, in die Bresche gesprungen wären. So stellten diese die Hauptbesuchergast. Trotzdem sah es in beiden vorkostierten Lokalen, die sonst an schönen Sonntagen von vielen Hunderten besucht waren, außerordentlich leer aus. Bei Ränisch wurden von 5 bis 6 Uhr im Garten 20, im Saale 12 Personen gezählt, 6 Paare tanzten, von 6 bis 7 Uhr im Garten 32, im Saale 8 Personen, von 7 bis 8 Uhr war die Besucherzahl ungefähr dieselbe, von 8 bis 9 Uhr tanzte nur noch ein einziges Paar. Nicht viel besser war es bei Kasper. Doch war zwischen 4 und 5 Uhr die Herrenwelt mit 33, die Damenwelt mit 40 Damen vertreten. Für die Zeit von 5 bis 6 Uhr liegen Angaben nicht vor, da man unseren Kontrollleur herausgeworfen hatte; von 6 bis 7 Uhr waren im Garten 50, im Saale 40 Personen anwesend, es tanzten 2 bis 8 Paare; von 7 bis 8 Uhr zählte man im Garten 40, im Saale 20 Personen; von 8 bis 9 Uhr im Garten 30, im Saale 12 Personen, tanzende Paare sah man in dieser Zeit, sowie in der nächsten Stunde 3 bis 5. Um 10 Uhr war in beiden Lokalen überhaupt nichts mehr los. — Der Brokdauer Ortsgendarm war tapfer auf dem Posten, trotz seinem Fahrrad hat er aber nichts ausgerichtet.

In Kleckenbors mußte am letzten Sonntag leider wieder ein etwas lebhafterer Zuzug festgestellt werden. So waren bei Hänfel im Saale um 5 Uhr 2 Herren und 14 Damen anwesend, aber ihre Zahl stieg in schneller Folge auf 3 Herren und 25 Damen, um 5 1/2 Uhr, eine halbe Stunde später, waren es schon 6 Herren und 36 Damen, um 6 1/2 Uhr wurden 15 Herren und 42 Damen gezählt und um 7 Uhr 24 Herren und 58 Damen. Dann blieb die Zahl so ziemlich auf dieser Höhe bis um 8 1/2 Uhr. Um diese Zeit kamen ein Schock Kurpatrioten auf Lieferwagen angefahren, um dem armen Herrn Hänfel ihre Unterstützung angebeihen zu lassen. Leider blieben die Herren aber nicht lange da, und so wies der Saal bereits um 9 1/2 Uhr wieder nur 13 Herren und 40 Damen auf. Andererseits war diesmal die heilige Polizei wieder einmal in überaus „schneidiger“ Weise vorgegangen. Ein Genosse wurde auf der Stelle verhaftet, als er sich sein Recht, die Leute auf das gepernte Lokal aufmerksam zu machen, nicht freitlich machen ließ. In dem Arrestlokal wurde ihm bedeutet, daß er entlassen würde, wenn er sich nicht mehr vor das Lokal stellen würde. Daß der eifrigen Polizei die nötige Antwort zu teil wurde, ist wohl selbstverständlich, trotzdem hat unser Genosse 2 Stunden brummen müssen. Wegen die organisierten Arbeiter aus diesem Vorfall ersehen, daß Sonntags Mann für Mann sich der Leitung zur Verfügung stellen müssen, um im Wiederholungsfalle sofort Reservisten bei der Hand zu haben und die Posten eventuell verdreifachen zu können.

In Hartlieb haben die Genossen ein leichteres Arbeiten, da das Lokal vor Vereã abgelegen ist und die Hartlieber Arbeiter diesen Gastwirt links liegen lassen. Der Garten des Lokals wies für einige Zeit eine Besuchergast von etwa 30 Personen auf, aber im Saal waren nur sehr wenig Gäste. Die Zahl betrug durchschnittlich 30 Personen, darunter aber höchstens 8 Herren. Die Mehrzahl der Besucher zeichnete sich durch sehr große Jugendlichkeit aus. Jedenfalls haben diese Kinder jetzt Gelegenheit, tanzen zu lernen, wobei einige ältere Mädchen die nötigen Anleitungen geben zu müssen glauben. Jedenfalls haben die Arbeiter hier die größte Hoffnung, wieder in den Besitz des Lokales zu gelangen, denn wenn die Sommergäste verfliegen sind, kann

wird wohl das Lokal ganz leer bleiben. Also, ihr Arbeiter tut eure Pflicht munter und unverdrossen weiter wie bisher, und wir werden schließlich doch den Erfolg auf unserer Seite haben.

Die Lohnbewegung in der Schuhfabrik von W. Gotthelmer, Wallstraße 17a, dauert unverändert fort. Mehrere Verhandlungen zwischen den Parteien führten zu keinem Resultat, da das Zugeständnis, das Gotthelmer gemacht hat, den in die Bewegung durch Gotthelmer hineingezwungenen Arbeitern unannehmbar war. Einige geworbene Arbeitswillige haben bereits dem Betrieb wieder den Rücken gewandt, so daß nur die stehen gebliebenen Zuschneider weiter arbeiten. Wie lange diese noch beschäftigt werden, entzieht sich unserer Kenntnis, wir glauben jedoch, daß die Zuschneider, wenn der Betrieb ruht, nicht dauernd beschäftigt werden können, da sie unter solchen Verhältnissen dem Unternehmer nicht den Arbeitslohn verdienen.

Der Fabrikantenverband bzw. dessen Nachweis offenbart zur Zeit ganz den Charakter, der ihm von der Arbeiterschaft schon des öfteren nachgesagt worden ist, nämlich als Kontrollstation. Taucht hier oder da wirklich ein Arbeitsloser auf und wird er in anderen Betrieben notwendig gebraucht, so wird er trotzdem mit dem Bemerkten zurückgewiesen, er solle zu Gotthelmer gehen, da würden Arbeiter aller Kategorien eingepießt. Glück haben die organisierten Unternehmer bisher damit allerdings nicht gehabt und werden auch keines haben.

Herr Gotthelmer scheint noch eine Hoffnung zu haben; wir können verraten, daß diese schon jetzt zuschanden ist. Gotthelmer rechnet auf die Kollegen bei Kämpffe und Paetsch, da diese Firma, wie verlautet, doch, was früher bestritten wurde, nach Canth geht. Diese Arbeiter bilden gerade einen Teil der Elite des Verbandes und sind als Streikbrecher nicht zu haben.

Unser Leitungswasser besteht nach der letzten Analyse aus 4 Teilen Oberwasser und drei Teilen Grundwasser. In letzter Zeit sind im Publikum wieder Klagen über die Zunahme des Mangangehalts laut geworden.

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im Monat Juni von 726 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besuche 589, wiederholte 137. Im ganzen wurde in 750 Fällen Auskunft erteilt. Von den 726 Personen waren männlich 317, weiblich 109, organisiert 588, Ehefrauen Organisierter 51, Organisationsunfähige 87, wohnhaft in Breslau 646, auswärtig 80. Von den 750 Fällen wurden erledigt mündlich 537, schriftlich 213. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 236.

Einem originalen Kampfe die Reichspost empfiehlt ein Leser der „Frankf. Zeitung“ anlässlich der Erhöhung des Portos für den Orts- und Nachbarschafts-Verkehr. Die Reichspostbehörde, so schreibt der sündige Kopf, hat trotz ihrer Weisheit dem Fehler begangen, nicht auch die Erhöhung des Ortsportos für geschlossene Briefe über 5 Pfennige hinaus vorzuschlagen. Wer also irgend kann, der schreibe künftig nicht mehr Postkarten, sondern Briefe, stecke sie in das nächstgelegene Couvert und beschwere sie bis zur höchstmöglichen Grenze von 250 Gramm. Ich selber habe zu dem Zwecke bereits mit einer Fabrik einen Kontrakt zur Lieferung von mehreren Zentnern Pappe abgeschlossen, die ich in raffiniertester Weise verwenden werde. Machen es recht viele ebenio, so werden die Briefträger — mit übrigens sympathischen Menschen — sehr bald unter der Last der Ortsbriefe erliegen; die hochwachtelnde Postbehörde wird sie mit Schubkarren ausrollen müssen und schließlich gezwungen sein, jedes Revier vier- bis fünfmal zu teilen, d. h. ebensolche neue Briefträger anzustellen. So wird der von den geldbedürftigsten Reichskriegern erhoffte Gewinn aus der Portorerhöhung sich in das Gegenteil verwandeln, falls sie es nicht vorziehen, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Zwar verursacht die von mir empfohlene teuflische Maßnahme dem Staatsbürger Kosten für Umschlüge, Briefcouverts und Verpackungsmaterial, aber um des guten Zwecks und edlen Zieles sollte jeder das Opfer bringen. — Wie fürchten, so bemerkt dazu das genannte Blatt, der Herr Einfender und seine Gefinnungsgenossen werden, wenn sie ihren Entschluß ausführen, die Kosten ihrer „Mache“ selber bezahlen müssen. Denn schnell wie der Blitz werden die Nationalliberalen im Reichstag den Antrag stellen, das Ortsporto für ge-

auch dem einen heftigen Austritt. Er wurde schließlich durch einige herbe, erufene Kollegen abgeholt und in eine Nervenklinik gebracht, in der er jetzt gestorben ist. Obwohl man Professor Lutzhandl von jeder für wackelhaft gehalten hatte, war man doch überzeugt, in seinem Nachlasse ein Vermögen von nahezu einer Million Kronen vorzufinden. Diese Million ist in ungelassenem Vermögen, da Professor L. keinerlei Angehörige hinterlassen hat und ein Testament über den Nachlaß nicht vorfinden wurde. Es wird jetzt eilig nach einem Erben für die Million gesucht.

Eine merkwürdige Metamorphose. Den außerordentlichen Fall von der völligen Umwandlung des äußeren Aussehens eines Menschen beschreibt Dr. H. Hartl Dobb im „Lancet“. Die Verwandlung ist während der letzten sieben Jahre vorangegangen; eine Ursache dafür hat man trotz genauerer Untersuchungen nicht entdecken können. Wie Dobb mitteilt, kam im Juni 1895 ein Mann in das königliche Augenhospital in London und wurde dort drei Wochen an einer linken Augentrübung behandelt, ohne daß sich in seinem Organismus irgend etwas Umverändertes entdecken würde. Sein Körper war aber eine außerordentliche Veränderung mit dem Jahre vor. Er war ein großer, schlanker Mann gewesen, fünf Fuß 10 1/2 Zoll groß, mit 140 Pfund, mit einer dicken schwarzen Haare und einem langen schwarzen Schnurrbart. Nun wurde er in wenigen Jahren merklich kleiner, was nur noch 5 Fuß 8 Zoll und wog nur 165 Pfund. Sein Haar erhielt eine ganz graue Färbung und wurde lockiger. Sein Schnurrbart mußte nicht mehr; überhaupt hat sein ganzer Bauwuchs fast völlig aufgehört. Sodas er sich nicht mehr röhren zu lassen braucht, seine Gesichtsfarbe ist gelblich, sein ganzes Aussehen dunkler geworden. Seine Arbeitskollegen haben ihn den „Japaner“ genannt und wirklich nähert sich der Typus seines Gesichts jetzt dem Japanischen. Früher war er ein lebhafter, intelligenter und höchst gewandter Mensch, jetzt ist er meistens abtrübselt, langsam und schwerfällig geworden. Dobb hat noch einen ganz ähnlichen Fall beobachtet und meint, daß es sich hier um eine noch völlig unbekannte Krankheit handle, durch die sämtlich Europäer in einen mehr östlichen Rassenotypus umgewandelt würden.

Kuriose Bekanntmachungen, die von eigenartiger Intelligenz ihrer Verfasser zeugen, findet man stets auf dem Lande. In einer Zuschrift an das „Leipziger Tageblatt“ aus dem Vogelland wird auf einige Kuriositäten hingewiesen. Es heißt darüber: Berühmt und Bekanntmachungen sind nicht immer in tabellarischer Anstalt abgefaßt. Einige sind sogar schwer zu enträtseln. So steht zum Beispiel in Reandorf eine Tafel, auf der zu lesen ist:

Verboten!
Die letzten Jahre in ja zu loben, aber besser wäre es, wenn man mühte, was eigentlich „verboten“ ist, zumal diese Warnungstafel mitten auf einer Wiese steht. Grimmerlich dürfte auch die Tafel sein, die vor wenigen Jahren den Zwischwitzer Weg zierte, und auf der wörtlich stand:

„Für dieses Anstalt bedirb, zalt 5 M. in der Arm Kafe.“
Kranke Warnungstafeln sind allerdings schon sehr schätzenswert geworden wegen der Heiterkeit, die sie hervorriefen, wie jene, ihres stehenden Eris wegen bekannt geworden, auf der es hieß:

„Der, der den, der den hier befindlichen Warnungspfad, daß nichts in den Teich geworfen werden soll, selbst in den Teich geworden hat, bei hiesigem Amte angezeigt, erhält 5 Taler Belohnung.“

Eine der komischen Verordnungen eines Gemeindevorsethers war aber wohl die, in der ein Unschuldig befahl, daß vom 15. d. Mts. an die Pferde und Kühe in den Ställen nicht mehr mit krennenden Labakspfeifen gefüttert werden dürfen! Und auch die folgende Tafel ist gut:

„Dieser Weg ist kein Weg. Wer es aber dennoch tut, zahlt 5 M. in die Armenkassa.“
Das „Leipziger Tageblatt“ weiß übrigens mit Recht darauf hin, daß sich Kuriositäten ähnlicher Art auch in Großstädten, namentlich auf Himmelsbühnen, befinden.

Brünetten und Blondinen. Ein englischer Physiologe soll bei seinen Forschungen entdeckt haben, daß die blonden Menschen sämtlich aussterben würden. „Blauäugig und blond“ wird, so meint der Gelehrte, in zwei Jahrhunderten noch kaum ein Dichter sagen können, und das „Blonde Greichen“ wird zur Sage geworden sein. Man hat in England eine Statistik aufgestellt, wonach von 100 Blondinen nur 55 heiraten, dagegen von 100 Brünetten 79, und schon auf diese Weise muß der blonde Typus allmählich zurückgehen. Die Zahlen müssen um so mehr auffallen, als England bisher als die Heimat der blonden Schönheiten galt, und schon heute stellt sich das Verhältnis der Brünetten zu den Blondinen wie drei zu zwei. Auch in Dänemark und Schweden findet man das Abnehmen des blonden Haars. Deutschland soll, mit der Ausnahme von Norwegen und Schweden, noch die meisten blonden Männer und Frauen in Europa aufzuweisen haben. Die Untersuchungen bei überlebenden Teil der Kinder blond, aber in auffallender Weise dunkelt das Haar beim männlichen Geschlecht nach, sodas blonde Frauen sich oft in Brünette Männer verwandeln. Die Frauen legen mehr Wert auf die Erhaltung ihres ursprünglichen Haars und daß nicht es ihnen wie den auf die Genantur

neidischen Kömerinnen ergeben, die durch Weizen ihres Kopf schmutzes denselben bleichen.

Weinanscherlied.

Im tiefen Keller sitz' ich hier
Vor einem Faß für Reben,
Bin frohen Mutz und lasse mir
Die Chemikalien geben.
Der Küper schüttet sie hinein,
Gehorsam meinem Wink,
Der analysierte Wein
Schafft Pinke, Pinke, Pinke.
Mich plagt ein Dämon Geld genannt,
Den gilt es einzufangen:
Ich nehm' das Weingefäß zur Hand,
Um Kenntnis zu erlangen,
Wie man aus Wasser Wein erschafft,
Und des Geistes Pinke
Wir nicht brinat die Gefängnishaft
Statt Pinke, Pinke, Pinke.
Ich hab erfasst die Probeur,
So kann kein andrer tanzen:
Am liebsten ließ ich keine Spur
Von Wein ins Faß reinlaufen.
Doch tröhl' ich mich, ob auch zuletzt
Der Staatsanwalt mir winkt,
Ich hab verdient, und mich ergötzt
Die Pinke, Pinke, Pinke.
Gottlieb (im „Tag“).

Kludermund. „Also Geschichte habt Ihr heute gehabt? Nun, daan sag' mir mal, wann war die Schlacht im Lentoburger Walde?“
„Als die Römer frech geworden!“

Fohnschrucht. Dem Kaiser ist in Wiesbaden ein Dadel entlaufen. Glücklicherweise wurde das edle Tier von einem Frankfurter Kriminalbeamten, der sich per Nalb in den Lannus auf die Suche begeben mußte, in einer Waldschänke aufgegriffen und von einem kaiserlichen Automobil abgeholt. Waldmann, Waldmann, drohte der Kaiser dem reing Bräudlebruden, „zur Strafe dafür, daß du gestern so feige bist, beforrecht du heute kein Kaffee!“ „Kaiserlich!“ erwiderte treuherzig der Dadel, „ich bin doch kein Reichstagsabgeordneter!“

schlossene Briefe entsprechend zu erhöhen, und der Bundesrat dürfte aller Voraussicht nach auch in diesem Falle den Wünschen ein geneigtes Gehör schenken.

Frau v. Zander als Typus.

Wie die meisten deutschen Zeitungen beschäftigt sich auch die Deutsche Tageszeitung, das führende Organ der konservativen Landjunker, aus denen ein großer Teil unserer Offiziere hervorgeht, mit dem Falle Zander. Ueber die Frau v. Zander, deren Verhalten in diesem Sensationsprozeß besondere Aufmerksamkeit erregt, schreibt das Blatt des Herrn Dr. Dertel:

In Frau v. Zander sieht man als eine einzelne Persönlichkeit, sieht vielmehr die Neigung eines großen Teiles unserer Offiziersdamen zu gedankenloser Verschwendung unter Umklage. Es ist längst keinem Vaterlandsfreunde und Kenner der Verhältnisse ein Geheimnis mehr, daß der weibliche Erbgang unserer Offizierskorps noch viel mehr als der männliche von Jahr zu Jahr fragwürdiger geworden ist. Mit dem Eindringen der Töchter schnell reich gewordener Kreise ist nicht nur die Neigung zu Geldheirat in einer geradezu als selbstverständlich geltenden Weise überwuchert, sondern die Wertung des Geldes, die durch Damen aus Emporkömmlingstreffen in die Offizierskorps hineingetragen wurde, hat auch die Töchter aus armen alten Adelsfamilien ergriffen, in der Hoffnung, daß sie sich von jenen Neueingedrungenen nicht überbieten lassen dürften. Das kann doch ganz unmöglich so weiter gehen, und es muß entschieden an die Kommandeure die Anforderung gestellt werden, daß sie und ihre Damen in ihren Offizierskorps wieder die alte ehrenhafte Auffassung zur Geltung bringen, daß nicht sowohl der Besitz, als die Art seiner Verwendung ein Zeichen echter Vornehmheit sei, und daß die männlichen und ritterlichen Tugenden des Soldatenstandes von ihm weder gefördert noch überhaunt auch nur berührt werden. Unser Heer soll nicht nur eine Schule weiblicher Tüchtigkeit, sondern auch eine Schule männlicher Charakterfestigkeit sein. Wie die Kommandeure aber, die geradezu an reiche Heiraten ihrer jüngeren Offiziere hinarbeiten, machen es statt dessen zu einer Schule der Charakterlosigkeit und legen damit den Keim zu derartigen Tragödien, wie eine solche sich jetzt vor der Breslauer Strafkammer abspielt.

Die Deutsche Tageszeitung wird wohl recht haben, sie muß es doch schließlich am besten wissen, wie es um ihre Kreise bestellt ist. Uns wundert's nur, daß Dertelchen noch nicht seine geliebte Krone als heilsames Erziehungsmittel für den männlichen und weiblichen Offizierserfah empföhlen hat. Aber freilich, es handelt sich ja nicht um Proleten, sondern um „Geld und Bestie“.

*** Eine Kampforganisation gegen die „unbegündeten Ansprüche der Arbeitnehmer“** wollen die Inhaber der deutschen Glasfabriken ins Leben rufen, und zwar besagt ein als „Vertraulich“ bezeichnetes Zirkular einiger Münchener Firmen es als erforderlich, sich nicht nur an den einzelnen Plätzen zusammenzuschließen, vielmehr sei hierzu eine Vereinigung der gesamten einschlägigen Kunstbetriebe Deutschlands erforderlich. — Die Arbeiter wissen, daß es auf die Gründung solcher Schrammverbände nur eine Antwort gibt: Ausbau und Kräftigung der eigenen Organisation.

Fortbildungsschulpflicht und „dringende Arbeit“. Der Lehrling einer kleinen Fabrik hatte seine Verlobte kürzlich im Besuche bei Fortbildungsschule besucht und zur Entschuldigung „dringende“ Arbeit, „eilige“ Arbeit vorgebracht. Dies geschah so oft, daß es dem Lehrer schließlich zu viel wurde und daß er äußerte, die Verlobte verläumde den Unterricht so oft, wie sonst niemand und er werde solche Entschuldigungen nicht mehr annehmen. Wegen mehrerer Fälle kam es dann auch zum Strafverfahren. In dem einen Falle hatte der Lehrling noch so kurz vor der Unterrichtszeit, daß der Besuch der Schule für ihn unmöglich wurde, Schrauben zu einem Kunden tragen müssen, der allerdings auf schnelle Lieferung gedrungen hatte. Die Strafkammer zu Posen verurteilte den Fabrikanten zu Geldstrafe, wobei sie auch den erwähnten Fall mit in Betracht zog. Das Gericht bezog sich auf die Bestimmung des Ortsstatuts, wonach der Gewerbeunternehmer die Verlobte so zeitig aus der Arbeit zu entlassen habe, daß sie rechtzeitig und ungeschädigt zum Unterricht in der Fortbildungsschule erscheinen konnten. Es erachtete ein Verschulden des Angeklagten für festgelegt.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision, indem es unter anderem ausführte: die Verurteilung sei gerechtfertigt. Ganz abwegig sei es, wenn die Revision klar machen wollte, daß für den Geschäftsherrn ein dringender Grund vorgelegen habe, den Lehrling die Fortbildungsschule nicht besuchen zu lassen, weil er viel zu tun gehabt hätte. Die Ausbildung des Lehrlings sei dem Geschäftsherrn zur Aufgabe gemacht, und er werde mit Strafe bedroht, wenn er die Verlobte nicht in die Schule schicke. Das Bedürfnis des Geschäftsherrn dürfe dieser nicht dadurch decken, daß er die Verlobte der Schule entziehe. Habe er soviel Arbeit, daß er in der fraglichen Zeit einer Kraft bedürfe, dann müsse er eben für eine andere Person sorgen, die die Arbeit macht, dürfe aber nicht den Lehrlingen die zu ihrer Ausbildung nötige Zeit wegnehmen.

*** Der Polizeipräsident Dr. Biondo** hat am Dienstag einen vierwöchigen Urlaub angetreten. Die Vertretung ist dem Regierungsrat Frost übertragen worden.

*** Breslauer Sommertheater.** Heute Mittwoch sehen Frau Gysoldt und Herr Steinrück ihr Gastspiel fort. Frau Gysoldt spielt die „Ora“ in Iffens gleichnamigem Schauspiel. Herr Steinrück spielt den Hellmer. Die anderen Rollen liegen in den Händen der Herren: Zigel (Dr. Rant), Kravitz (Wahner); die Frau Lindt spielt Frä. Jollmar. Am Donnerstag verabschieden sich Frau Gysoldt und die Herren Steinrück und Partau in Webelinds „Ergeißl“.

*** Der Ausschüß und Wasserurm in Kleinburg.** Am vergangenen Sonntag wurde der elektrische Personenaufzug von rund 600 Personen besucht.

*** Städtische Straßenbahn in Breslau.** Die Verkehrseinnahme des Monats Juni belief sich im Jahre 1906 auf 86,311.80 Mark, im Jahre 1905 betrug sie 40,029.80 Mk., mithin weniger pro 1906 3718.50 Mk. Auch die Elektrische Straßenbahn Breslau hatte in diesem Monat bekanntlich eine Mindereinnahme in Höhe von 2661 Mk., wovon die Breslauer Straßen-Eisenbahn eine Mehr-Einnahme von 16,407 Mk. per Juni aufwies.

*** Im Fieberwahn.** Ein bei der Papierfirma Peifer von der Nikolaistraße beschäftigter Haushälter hatte sich am Dienstag eine schwere Kopfverletzung zugezogen und lag in seiner Wohnung Blücherplatz 1 krank darnieder. Während nun heute Morgen seine Frau die Straße segte, schwang sich der fieberkranke Mann, nur mit dem Hemde bekleidet, zum Fenster seiner in der vierten Etage gelegenen Wohnung heraus und kletterte bis zur dritten Etage herab. Von dort wäre er unfehlbar heruntergestürzt, wenn nicht einige geistesgegenwärtige Adepten rasch in das dritte Stockwerk hinaufgeklommen wären und den Mann mit Mägen zum Fenster hineingezogen hätten, worauf er ins Krankenhaus überführt wurde. Eine große Menschenmenge wohnte dem aufregenden Vorfall bei.

*** Erschossen** wurde ein 40 Jahre alter Schuhmachermeister am 2. d. M. in seiner Wohnung, Mariannenstraße 70, aufgefunden. Der Mann dürfte den Selbstmord bereits am 30. v. M. verübt

haben. Auf einen Zettel hatte er Angaben über seine Vermögensverhältnisse und über die Ausführung seiner Beerdigung geschrieben. *** Spiritusexplosion.** Das 28 Jahre alte Dienstmädchen Klara Bilger, Mathiasstraße 4, gab am 30. v. M. in einem sieben demigen Kocher Spiritus nach, wobei die Küche zur Explosion kam und die Kleider des Mädchens in Brand gerieten. Durch Ueberwerfen von Betten wurden die Flammen zwar bald erstickt, jedoch waren die Brandwunden so schwer, daß das Mädchen am 1. d. M. im Alsterheiligen-Hospital gestorben ist.

*** Zimmer wieder das Aufhängen.** Am 2. d. M. sprang auf der Schweidnitzerstraße ein Student auf einen Straßenbahnwagen auf, kam aber zu Fall und geriet mit beiden Hüften unter die Schutzvorrichtung, wodurch er schwere Verletzungen erlitt. Um den jungen Mann aus seiner gefährlichen Lage befreien zu können, mußte der Wagen durch mehrere Arbeiter gehoben werden.

*** Leichenfindung.** Am 1. d. M. wurde bei der Uferstraße die Leiche eines jungen Mannes aus der Oder gezogen, in welchem ein Bootsmann August Engel, der infolge eines Unfalles ums Leben gekommen ist, erkannt wurde.

*** Vermißt** wird der 18 Jahre alte Schlosserlehrling Richard Schierich, Obenstraße 50. *** Vermißt** wird seit dem 19. Mai der Bäckerlehrling Artur Häbner, Schmiedebühl 52.

*** Neubausbrand.** Am 2. d. M. Abends, wurde die Feuerweh nach dem Neubau Kaiser Wilhelmstraße Nr. 202 gerufen, wo unter einem Kokssofen die Dichtung und Balkenlage in Brand geraten war.

*** Mit schweren Wunden** wurde am 2. Juli ein Arbeiter auf dem Weidenburger Platz aufgefunden. Er wurde in das Alsterheiligen-Hospital überführt.

*** Gefunden** wurden: Ein Damenjackett, ein Armband, ein goldenes Vincenz, eine Bigarettasche und eine goldene Damenuhr.

*** Abhanden** kamen: Ein Stock mit silbernem Griff, eine silberne Uhrkette, eine Handtasche und ein goldener Teuring.

*** Gestohlen** wurden: Einem Restaurateur von der Pöcherstraße ein Fahrrad „Bratistavia“, einem Bildhauer in einem Cafe eine silberne Perlenkette, gez. Hermann Schäfer.

*** Gestohlen** wurden: einem Telegraphenarbeiter auf der Berliner Chaussee ein Fahrrad „Continental“ Nr. 77544, einer Tischlerin auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 25 Mg. und einem Pfandbrieff, einem Installateur von der Sonnenstraße ein zweirädriger Handwagen, aus einer Wohnung auf der Reichstraße 30 Mark.

*** Restgenommen** wurden ein Schlosser und ein Arbeiter, die einem auf einer Bank eingeschlossenen Schneider die Uhr und Geld entwendet hatten.

*** In das Polizeigefängnis** wurden am 2. d. M. 20 Personen eingeliefert.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Achtung, Maler!** Am Donnerstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Versammlungen und Vereine.

*** Eine aufbesuchte Volksversammlung**, an welcher namentlich viele Frauen teilnahmen, fand Dienstag Abend im „Königsgrund“, Pöcherstraße, statt. Genosse Albert referierte in 14 Minuten über die Frage: „Weshalb muß jeder Arbeiter auch politisch organisiert sein?“ Eine Diskussion wurde nicht bestritten. In nicht allzulanger Zeit soll, wie der Vorsitzende mitteilte, für denselben Stadtteil noch eine Versammlung abgehalten werden. Mit einem fertigen Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Pöcher, schloß dieser die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die revolutionäre, völkerverfeindende Sozialdemokratie.

Aus Schlesien und Posen.

Vom Kampf gegen die Polen.

Die in Posen erscheinende „Praca“ hat in den Jahren 1897 bis 1905 nicht weniger als 43 Strafprozesse gehabt, in denen ihre Redakteure zu 375 Mark Geldstrafe und zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Unter den mit Gefängnis bestrafte Redakteuren befindet sich Reichstagsabgeordneter Korsant, der im Jahre 1902 als Redakteur der im Verlage der „Praca“ erscheinenden „Gornoschlonsk“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Brieg, 3. Juli. Das Preußen-Flugblatt soll immer noch nicht zur Ruhe kommen. Gegen die gerichtliche Freigabe desselben hat der Staatsanwalt Revision eingelegt.

Gottesberg, 4. Juli. Der Maurerkreis, der acht Wochen gedauert hat, wurde gestern aufgehoben und zwar, weil keine Streitpunkte mehr vorhanden sind. Der Erfolg ist ja ein zweifelhafter, wenn auch der Lohn von 32-33 Mg. im Frühjahr auf 36 Mg. erhöht wurde. Schuld an diesem nur teilweisen Resultat sind die vielen Streikbrecher aus der Gegend von Rudowa, Nachod (Böhmen) und Gräflau-Schönberg aus dem Landesbühler Kreise. Hoffentlich zeigt dieser Kampf den Gottesberg-Waldenburger Kollegen, wo sie in nächster Zeit mit der Agitation eingreifen haben, denn ausgewetzt muß diese Scharte wieder werden, früher oder später.

Hirschberg, 4. Juli. Bahnhof-Restaurant Engel. Ueber die letzte Sitzung des Landgerichts lesen wir im „Boten“: „Wegen Majestäts-Beleidigung, sowie Beleidigung des Gemeindevorstehers zu Rabishau hat sich der pensionierte Briefträger Ehrenfried G. aus Rabishau zu verantworten. Im Februar d. J. hatte der Bahnhof-Restaurant Engel die Anzeige eingereicht, wonach sich G. im Dezember v. J. ihm allein gegenüber und zwar im Wartesaal des Bahnhofs einer Beleidigung des Gemeindevorstehers Baumert zu Rabishau und anschließend einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hätte. G. bestreitet dies ganz entschieden. Wie die heutige Hauptverhandlung ergibt, zu der zehn Zeugen und ein Sachverständiger erschienen waren, während als Verteidiger Rechtsanwalt Rosemann fungiert, hatte der Hauptbelastungszeuge G. die Anzeige erst acht Wochen, nachdem die angebliche Beleidigung erfolgt, und dann erst nach Einreichung einer Beschwerde des heute angeklagten über Engel an die Behörde eingeleitet, mit welcher letzterem er auch stark verfeindet ist. Der Staatsanwalt hält diese Feststellungen zwar auch für bedenklich, aber nicht in dem Maße, daß die völlige Unglaubwürdigkeit des eidlich vernommenen Zeugen Engel anzunehmen sei. Da die Beleidigung in offenbar erregter Stimmung seitens des G. gefallen, beantragt er das geringste Strafmaß, 2 Monate Gefängnis für die Majestätsbeleidigung und 10 Mark für die des Gemeindevorstehers. Das Gericht trägt ebenfalls Bedenken, den Aussagen des Zeugen G., zumal verschiedene Widersprüche nicht aufgeklärt wurden, vollen Glauben beizumessen und spricht deshalb G. von der Anklage der Majestätsbeleidigung, sowie einer weiteren Beleidigung kostenlos frei.“

Hirschberg, 2. Juli. Eine Wahlvereins-Versammlung fand vor einigen Tagen in der „Anderschenke“ statt. Des verstorbenen Wahlvereinsmitgliedes, Genossen Hauptfleisch, wurde durch Erheben von den Vätern ehrend gedacht. Alsdann gaben die Genossen Kambor, ... Bericht vom schlesischen Parteitag. Hieran ... Diskussion über die Verbläutigung.

Es wurde beschlossen, 10,000 Kalender und 1000 Stück Broschüren „Wie ein blauer Sozialdemokrat wurde“ zu verteilen. Als Delegierter für die Agitationskommission nach Langenbielau wurde Genosse Richter gewählt. Im weiteren wurde beschlossen, einen Ausflug nach Schmieberg bis zu den Grenzlanden zu veranstalten. Dort wollen sich die Dicksberger mit den Schmieberger Genossen treffen. Abfahrt von Hirschberg Sonntag, den 8. Juli, früh Punkt 7 Uhr. Zum Schluß brachte noch Genosse Schay eine Statistik der „Völkermacht“ und „Proletariat“-Leser zur Verteilung, welche wie folgt lautet:

Maurer, organ.	280	bab. lesen „Völkerm.“	28	„Prolet.“	2
Hilfsarbeiter	158	„	25	„	5
Metallarbeiter, organ.	100	„	49	„	13
Schwarzarbeiter	174	„	65	„	16
Banarbeiter	78	„	29	„	8
Töpfer, organ.	60	„	37	„	5
Maler	40	„	9	„	—
Buchdrucker, organ.	38	„	4 (1)	„	—
Fräuer	36	„	(?)	„	(?)
Glasarbeiter, organ.	40	„	9	„	—
Fabrik- und Handarbeiter, organ.	40	„	14	„	3
Vergeltungsarbeiter, org.	28	„	4	„	—
Transportarbeiter	22	„	(?)	„	(?)
Nachbeder, organ.	23	„	4	„	2
Schneider	6	„	8	„	2
Steinsetzer u. Kammer, organ.	20	„	5	„	—

Ca. 1148, bab. lesen „Völkerm.“ 274, „Prolet.“ 39

Von den nur politisch Organif. lesen „Völkerm.“ 20, „Prolet.“ 3
Unorganisierte lesen 102, „Prolet.“ 48

Mithin in Summa lesen „Völkerm.“ 308, „Prolet.“ 87

Wie beschämend muß es für die organisierten Arbeiter sein, politisch noch so rückständig zu leben! Hier gibt es noch viel, sehr viel Aufklärungsarbeit zu verrichten.

Bandendorf, Kreis Reichenbach, 4. Juli. Eine fromme Kindesmörderin. Am 23. Juni hat hier ein junges Mädchen, die Pflügerin des Schmiedemeisters K., ihr neugeborenes Kind getötet. Der Mord hatte es ihm im Abort mit Papier verpackt und kann das kleine Wesen in die Grube geworfen. Nachbarsleute, welche die Kindesleiche gebürt hatten, schöpften Verdacht und so wurde die Tat bald entdeckt. Verhaftet ist auch ein hierorts eingewandener Schmiedegeselle, welcher das Mädchen an der Tat anwesend haben soll. Da die Pflügerin bemittelt sind, ist die Tat nicht etwa aus Not geschehen. Das Mädchen gehörte auch dem evangelischen Jungfrauenverein an.

Legau, 4. Juli. Die hierigen Maschinenfabriken haben untereinander ein Abkommen getroffen, keinen Former, der schon in einer anderen Fabrik am Plage gearbeitet hat, einzustellen! Sie wollen damit dem Arbeitswechsel entgegenarbeiten und haben sich verpflichtet, daß derjenige 100 Mk. zu zahlen hat, der entgegen dem Abkommen doch hiesige Former weiter einstellt. Nun ist jetzt schon ein derartiger Fall eingetreten. Die Firma Gubisch hat einen Former entlassen. Der Mann soll ein „Zunfänger“ und „Keg“ sein, was übrigens nicht wahr ist. Dieser Former hatte nun bei Teichert u. Sohn in schon wieder angefangen, wurde aber infolge der zwischen den Unternehmern bestehenden Vereinbarung wieder entlassen. Nun würden die Former bei Gubisch vorstellig, warum eigentlich der Former G., der kein Feyer und Zunfänger sei, entlassen sei und ihm jetzt kein Fortkommen erspart werde. Da erkläre Herr Gubisch: Wenn die Former hundert Mark bezahlen, so könne der Former G. weiter arbeiten.“

Ein solches Ansehen, das der Absch. sich einen rechtswidrigen Vermögensverlust zu verschaffen, sehr nahe kommt, haben die Former von Legau natürlich mit Entzückung abgelehnt und den Unternehmern einen Protest gegen diese Handlungsweise zugesandt. Wahrscheinlich wird es deswegen noch zu weiteren Differenzen kommen und dürfte die Former gut tun, in der nächsten Zeit Arbeitsanerbieten nach Legau nicht Folge zu leisten, denn hören sie in einem Verdict auf oder werden entlassen, so können sie gleich wieder ihr Bündel schnüren und die Stadt verlassen.

Legau, 4. Juli. Ende des Bauarbeiterstreiks? Das „P.“ berichtet: „Heute vormittag fand eine Verhandlung in Sachen des Bauarbeiterstreiks statt, der nun schon seit sieben Wochen andauert, in der zunächst freilich an Schärfe und Umfang erheblich verloren hat. Ein Teil der Arbeitgeber hat die Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt, während ein anderer Teil der letzteren in auswärtigen Orten ein Unterkommen gefunden hat. Der noch übrig gebliebene Teil der Streikenden hatte das Einigungsamt angehen, weshalb zwei Vertreter der Arbeitnehmer und Herr Zimmermeister Paul als Vorsitzender des Arbeitsgerichts erschienen waren. Es kam zu einer Einigung vorbehaltlich der Genehmigung der Arbeitnehmer-Versammlung. Die Arbeitnehmer hatten erst 30 Mg. Stundenlohn verlangt und waren dann auf 27 Mg. heruntergegangen. Der Vertreter der Arbeitgeber bot für das laufende Jahr den bisherigen Lohn von 26 Mg. an unter der Bedingung, daß die Arbeitnehmer die Arbeit sofort nieder aufnehmen, und offerierte weiter einen Stundenlohn von 28 Mg. vom 1. Januar 1907 ab. In weitere Verhandlungen wollen die Arbeitgeber nicht mehr einlassen, zumal die ganze Bewegung für die jetzige Lage des Baugewerbes keine große Bedeutung mehr hat. Die Vertreter der Arbeitnehmer verdrachten im Sinne dieser Einigung bei der Arbeitnehmer-Versammlung wirken zu wollen.“ Uns haben die Arbeiter davon noch nichts mitgeteilt, wir können deshalb die Angaben des bürgerlichen Blattes nicht auf ihre Richtigkeit hin prüfen.

Neufeld OS., 2. Juli. Von den Textilarbeitern. Am 29. v. Mts. tagte im Arbeiter Kasino eine gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher Genosse Frisch-Vignitz über „Der Kampf um den Zubehörentag in der schlesischen Textilindustrie und die notwendigen Forderungen“ referierte. Die Diskussion zeigte, daß die von den hiesigen Textilindustriellen, die seit 1. Juni freiwillig um eine halbe Stunde herabgesetzte Arbeitszeit zwar als sehr notwendig und angenehm empfunden wird, daß aber die hieraus hervorgehende Lohnminderung angeht, die hier vorherrschend schwerer und ungenügend schlecht entlohnten Artikel noch immer zu vermehren ist. Zu deren Erreichung sollen jetzt die geeigneten Schritte unternommen werden. Zum Schluß hielt der zum Geschäftsleiter nach Landesgut gewählte und am 2. Juli dahin abgereiste Genosse Panitz seine Abschiedsrede. Die Versammlung gab ihren Dank dem Scheidenden durch Erheben von den Vätern für seine hier im Dienste der Organisation geleistete Tätigkeit zu erkennen.

Neufeld OS., 2. Juli. Von den Textilarbeitern. Am 29. v. Mts. tagte im Arbeiter Kasino eine gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher Genosse Frisch-Vignitz über „Der Kampf um den Zubehörentag in der schlesischen Textilindustrie und die notwendigen Forderungen“ referierte. Die Diskussion zeigte, daß die von den hiesigen Textilindustriellen, die seit 1. Juni freiwillig um eine halbe Stunde herabgesetzte Arbeitszeit zwar als sehr notwendig und angenehm empfunden wird, daß aber die hieraus hervorgehende Lohnminderung angeht, die hier vorherrschend schwerer und ungenügend schlecht entlohnten Artikel noch immer zu vermehren ist. Zu deren Erreichung sollen jetzt die geeigneten Schritte unternommen werden. Zum Schluß hielt der zum Geschäftsleiter nach Landesgut gewählte und am 2. Juli dahin abgereiste Genosse Panitz seine Abschiedsrede. Die Versammlung gab ihren Dank dem Scheidenden durch Erheben von den Vätern für seine hier im Dienste der Organisation geleistete Tätigkeit zu erkennen.

Neufeld OS., 2. Juli. Von den Textilarbeitern. Am 29. v. Mts. tagte im Arbeiter Kasino eine gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher Genosse Frisch-Vignitz über „Der Kampf um den Zubehörentag in der schlesischen Textilindustrie und die notwendigen Forderungen“ referierte. Die Diskussion zeigte, daß die von den hiesigen Textilindustriellen, die seit 1. Juni freiwillig um eine halbe Stunde herabgesetzte Arbeitszeit zwar als sehr notwendig und angenehm empfunden wird, daß aber die hieraus hervorgehende Lohnminderung angeht, die hier vorherrschend schwerer und ungenügend schlecht entlohnten Artikel noch immer zu vermehren ist. Zu deren Erreichung sollen jetzt die geeigneten Schritte unternommen werden. Zum Schluß hielt der zum Geschäftsleiter nach Landesgut gewählte und am 2. Juli dahin abgereiste Genosse Panitz seine Abschiedsrede. Die Versammlung gab ihren Dank dem Scheidenden durch Erheben von den Vätern für seine hier im Dienste der Organisation geleistete Tätigkeit zu erkennen.

Neufeld OS., 2. Juli. Von den Textilarbeitern. Am 29. v. Mts. tagte im Arbeiter Kasino eine gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher Genosse Frisch-Vignitz über „Der Kampf um den Zubehörentag in der schlesischen Textilindustrie und die notwendigen Forderungen“ referierte. Die Diskussion zeigte, daß die von den hiesigen Textilindustriellen, die seit 1. Juni freiwillig um eine halbe Stunde herabgesetzte Arbeitszeit zwar als sehr notwendig und angenehm empfunden wird, daß aber die hieraus hervorgehende Lohnminderung angeht, die hier vorherrschend schwerer und ungenügend schlecht entlohnten Artikel noch immer zu vermehren ist. Zu deren Erreichung sollen jetzt die geeigneten Schritte unternommen werden. Zum Schluß hielt der zum Geschäftsleiter nach Landesgut gewählte und am 2. Juli dahin abgereiste Genosse Panitz seine Abschiedsrede. Die Versammlung gab ihren Dank dem Scheidenden durch Erheben von den Vätern für seine hier im Dienste der Organisation geleistete Tätigkeit zu erkennen.

Neufeld OS., 2. Juli. Von den Textilarbeitern. Am 29. v. Mts. tagte im Arbeiter Kasino eine gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher Genosse Frisch-Vignitz über „Der Kampf um den Zubehörentag in der schlesischen Textilindustrie und die notwendigen Forderungen“ referierte. Die Diskussion zeigte, daß die von den hiesigen Textilindustriellen, die seit 1. Juni freiwillig um eine halbe Stunde herabgesetzte Arbeitszeit zwar als sehr notwendig und angenehm empfunden wird, daß aber die hieraus hervorgehende Lohnminderung angeht, die hier vorherrschend schwerer und ungenügend schlecht entlohnten Artikel noch immer zu vermehren ist. Zu deren Erreichung sollen jetzt die geeigneten Schritte unternommen werden. Zum Schluß hielt der zum Geschäftsleiter nach Landesgut gewählte und am 2. Juli dahin abgereiste Genosse Panitz seine Abschiedsrede. Die Versammlung gab ihren Dank dem Scheidenden durch Erheben von den Vätern für seine hier im Dienste der Organisation geleistete Tätigkeit zu erkennen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Jauer wurde in der Marienstraße das dreifährige Schicksal des Knaben vom einem Hunde in den Kopf gebissen, wobei dem Knaben über dem rechten Auge ein großes Stück Fleisch herausgerissen wurde. Ein schwerer Unfall ereignete sich bei Sprengarbeiten in Ober-Vermsdorf. Der Schuttmann Pohl war bei dem Steinbruch am Schillerberge dem Sprenggebiet zu nahe gekommen. Ein ausgeblendetes Steinstück traf den Knaben am Kopfe und schlug ihm die Schädeldede ein. Oberhalb der Dinslinger'schen Kammergraben in Orschberg sprang ein unbekanntes, 20jähriges Mädchen in den Baden und ertrank. Der Leichnam ist bis jetzt noch nicht gefunden. In Ratibor kam der 26 Jahre alte Fischer Josef Kollmann aus Wladomir aus der Arbeit die neue Oberbrücke entlang. In seiner Begleitung befanden sich mehrere Mitarbeiter und seine Frau. Kollmann, der etwas angetrunken war, wollte seinen Begleitern gegenüber seinen Mut zeigen. Als er sich einmal ein Bier-Kännchen reichte, sank er, schwang sich auf den Brückenturm und stürzte bis zu dessen höchster Spitze, etwa 15 Meter hoch. Hier überfiel ihn plötzlich ein Schwindel und vor den Augen der entsetzten Begleiter tauchte Kollmann hinab. Er schlug mit dem Kopfe auf das Geländer des Fußgängerbahnsteigs, erlitt einen komplizierten Schädelbruch und nach wenigen Minuten an dem Kopfe der Verletzung. In Schwarzwaldau war der Mann des Anarchisten Wilhelm Peter mit Henckel den Leichnam, als unerkennbar die Räder anrückten und Frau Peter von dem voll geladenen Wagen so unglücklich herabstürzte, daß sie das Gesicht und nach wenigen Minuten starb. Wiederholt hat die Polizei von dem Wad Salzbrunn durch öffentliche Bekanntmachungen darauf hingewiesen, daß im hygienischen Interesse der Kranken Anträge das Salzbrunn verworfen werden soll. Die Damen sollten hübscher oder gewaltiger Kleider tragen. Da die Gemahlinnen ohne Gefahr abziehen sind, wird die Direktion die Überlegung dieses Verbots mit energischen Strafen abwenden. Ein fabelhaftes Erdbeben in Hainzendorf bei Karlsruher Neuenstrich aus dem Nordosten. Er wollte seinen Hund im Müllwagen erlösen und beim Bemühen, das große Tier in das Wasser zu bringen, stürzte er ab. Der 7. Jahrgang des Gerichts.

Die russische Revolution.

Die Duma gegen die Senker!

Die Duma hat am 2. d. M. über die Abschaffung der Todesstrafe. Karawajew hat dar, daß die Todesstrafe sowohl dem menschlichen als auch dem politischen Standpunkte aus abgelehnt werden muß. Er verwies auf die französische Revolution und erklärte, die Duma müsse auf die Befreiung der Todesstrafe hinarbeiten. Damit ist die Duma in Russland erfolgreich. Der Justizminister, der hierzu das Wort ergriff, tritt für die Todesstrafe ein. Die gegen die Abschaffung des Anarchismus unentbehrlich ist. Er weist hierbei auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika hin, in denen die Todesstrafe infolge der Ausschaltung des Anarchismus eingeführt worden sei. Er wird vielfach durch „Anarchisten“, „Anarchisten“ usw. unterbrochen. Der Minister schloß mit der Erklärung, die Regierung könne die Todesstrafe zur Zeit nicht abschaffen; denn das hieße auf das Recht verzichten, diejenigen zu bestrafen, die die treuen Soldaten des Landes töten. „Anarchisten“, „Senker, genügt!“ Der Generalstaatsanwalt der Duma erklärt hierauf kurz den Standpunkt des Justizministers, der sich den Anarchisten der Duma nicht anschließen könne. Die Anarchisten des Redners werden durch „Senker Schmidts“ unterbrochen. Der Präsident erteilt hierauf dem Generalstaatsanwalt der Duma das Wort. Großer Lärm im Saale bricht aus, die Senker erhebt sich mit dem Rufe: „Wir wollen diesen Senker, Räuber und Mörder nicht hören.“ Sie rufen ihren Ministern lauter, daß sie abtreten sollen. Mehrere Abgeordnete drängen sich mit geballten Fäusten gegen die Rednertribüne. Der Generalstaatsanwalt hält dem Lärm etwa eine halbe Stunde und verläßt sodann den Saal. Die Sitzung wird für eine Stunde vertagt.

Die Sitzung wird um 6 1/2 Uhr wieder aufgenommen. Redner der Duma und der konstitutionell-demokratischen Partei geben als Erklärung für das Verhalten der Duma deren Einwirkung über General Pawlow an, dessen Leben eine Kette von Sündenstrafen aufweise. Redner von der Rechten, wie Graf Hündt und Haupt Volkonski erheben Einwände gegen das Verhalten der Duma. Die Duma könne nicht arbeiten unter solchen Umständen, und wenn die Duma bei solchen Vorfällen verharren sollte, werde es in Russland zu Unruhen kommen. Die konstitutionelle Abgeordnete führt Pawlow an, die Duma habe Pawlow den Klage verweigert, nicht das Wort. Sie habe ihn davongelassen, wie alle davongelassen werden, die Blut an sich tragen. Die Exekutive über die Todesstrafe schaltete sich sehr lebhaft. Der Gehilfe des Ministers des Innern, Makarew, teilt mit, der Minister des Innern habe einen Entwurf in Erwägung zu ziehen in Verbindung mit der Vorlage auf Revision der Ausnahmsgesetze. Die Abgeordneten, Lednig, Rodostski halten heftige Reden für die Abschaffung der Todesstrafe. Pjeter Dahnem sagt: Das Gesetz habe die Todesstrafe abgeschafft. Durch die Verleumdung des Heilands sei diese heilige Wahrheit herabgestürzt worden. Keine Regierung habe das Recht auf Menschenleben. Jede Todesstrafe ist ein Verbrechen.

Nachdem Tischlogogitow erklärt, daß die Todesstrafe nicht aufhebbar sei, solange es Anführer gäbe, hatte der Marineminister Makarew nicht die Möglichkeit zu reden. Die ganze Saal erob sich den Klagen. Es entstand ein überhörscher Stöndel. Es riefen die: „Hinaus Senker!“ „Senker“ riefte der Militärprofessor Pawlow zu hören, was den Lärm verdoppelte. Als nach dem zweiten Verleumdung, unterbrach Makarew die Sitzung. In den Gemütern hütete das Publikum einen Halbkreis um Pawlow und richteten heftig Protest auf ihn und seinen Adjutanten, bis er sich in die inneren Gemächer zurückzog. In den Gemütern herrscht eine feierliche Stimmung. Die Arbeitsgruppe tritt zu einer Beratung zusammen. Aber den Extremen beteiligten sich auch die Bedenken in geringer Anzahl an der Demonstration gegen die Regierung.

Die Erschütterung der Heeresdisziplin.

In russischen Heere nimmt die Gärung kein Ende. Sehr bezeichnend ist die Meldung, daß in der Duma ein Telegramm erging, in dem 200 Mann des im Kontakt stehenden mährischen Regiments gegen die Verurteilung von 27 ihrer Kameraden durch das Kriegsgericht Einspruch erhoben. Dieses wird berichtet: Das degradierte erste Bataillon des Preobrajenski-Regiments wird durch ein völlig neues erstes Bataillon ersetzt, das aus lauter Mäthern des Georgsordens gebildet werden soll. Die Mannschaften des Garde-Regiments zu Pferde und der anderen Garde-Regimente haben in einer Kundgebung alle Gemüthsheit mit den Worten vom Preobrajenski-Regiment abgelehnt. Bei der Agitation in diesem Regiment sollen der Agitator Kladjin sowie die jüdischen Evidente des Regiments die Hauptrolle gespielt haben. Das „Sollen“ in dieser Meldung ist charakteristisch. Man weiß es sicher besser, was den Grund der Reuterri geübt hat, aber man benutzt die Gelegenheit, um den Juden wieder auszunutzen. Bei einer in dem Verwaltungsgebäude des Stabes des dritten Armeekorps in Wlawa vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde, wie offiziell gemeldet wird, das Siegel des Militärverbandes gefunden, dessen Entzweiung dadurch bewiesen ist.

Zu den Bialystocker Grenzeln

veröffentlicht der Petersburger „Zawall“ eine sehr interessante Mitteilung. Er gibt uns Rapporte bekannt, die der Kommandeur des in Bialystok stationierten Regiments Wladimir an den Jaren erstattet hat, und worin er eingehend über die Korrekte Haltung der Mannschaften während des Prozesses berichtet. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Offiziere der Garnison von Bialystok streng zur Verantwortung gezogen werden sollen, falls die gegen sie in der Presse erhobenen Anklagen als richtig sich erweisen. Den Mannschaften der in Bialystok stationierten Truppen macht die in den Rapporten festgestellte Tatsache alle Ehre. Um so bezeichnender ist, aber das darin enthaltene indirekte Zeugnis, daß die Offiziere einen Hauptteil der Schuld an den Verbrechen tragen. Man hat es hier mit einer Verbrüderung des sogenannten gebildeten Pöbels mit den „Kamottenbrüdern“, den Dooligan, zu tun, wie sie in Deutschland von dem Grajen Pädler-Klein-Tschirne gepredigt wird.

Warschauer Bluttage.

Zu den Polizeigenrichtungen, über die wir schon berichtet haben, ist noch folgendes nachzutragen: Wie „Wolfs Bureau“ meldet, sind Montag, den 2. d. M. sechs Mordanschläge gegen Polizisten unternommen worden. Zwei von den Angegriffenen wurden getötet, drei verwundet und einer blieb unversehrt. Zwei vorübergehende Personen wurden von Kugeln getroffen und getötet. Die Behörde hat die Zurückziehung der Polizeiposten von den Straßen angeordnet. Der Sicherheitsdienst wird von Patronen verbleiben.

Am Dienstag, den 3. d. M. wurde zunächst der Oberstmann anu Reschke, bald darauf ein zweiter Oberstmann, der Zivilkleider angelegt hatte, auf der Straße erschossen. In den beiden Fällen sind die Täter entkommen.

In dem Prozeß wegen der militärischen Revolutionsorganisation wurden von 20 Angeklagten 5 freigesprochen, die übrigen 15 zu Zwangsarbeit, Verbannung und Festungshaft verurteilt.

Die Situation in Südrussland.

In Constanza sind am 2. Juli zwei österreichische Dampfer mit 119 noch lebenden Familien aus Odessa eingetroffen. Dieselben berichten, daß die Lage in ganz Südrussland äußerst bedrohlich sei. In Sewastopol sei angeblich eine Revolution ausgebrochen. Die dortigen beorderten Kosaken sympathisierten mit den Revolutionären. In Odessa sei der Streik ein allgemeiner. Von Sewastopol seien nach Odessa Kriegsschiffe gelandt worden, die an der Küste kreuzen.

Ausbreitung der Agrarunruhen.

Die Bauernunruhen im Gouvernement Tula haben sich auf die Nachbargebiete ausgebreitet. Mehrfach wurden die Besitzungen der Großgrundbesitzer in Brand gesteckt. Der Gouverneur erklärte, seine Truppen zur Hilfe entsenden zu können, da die Zahl der ihnen zur Verfügung stehenden Mannschaften nicht ausreiche.

Die Flucht des Jaren.

Wie voraussetzt, wird der Jar wegen der Mentereien bei der Garde nach Barskoje-Eselo überfiedeln. Der Weg von Barskoje-Eselo bis Peterhof ist bereits mit Truppen besetzt; das Schloss in Barskoje-Eselo wird für den Aufenthalt der kaiserlichen Familie hergerichtet.

Partei-Angelegenheiten.

Aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ ist am Sonntagabend Genosse Dr. Erdmann nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit ausgeschieden. Die Redaktionsverhältnisse sind durch die Verkommissionierung in der Weise neu geregelt worden, daß die bisher von Dr. Erdmann hauptsächlich bearbeiteten Gebiete (politischer Teil, Parteiangelegenheiten, Feuilleton) auf den Genossen Meerfeld übergeben, dessen bisherige Arbeiten wiederum der Genosse Kempkens übernimmt. Neu angestellt für den gewerkschaftlichen und provinziellen Teil ist der Genosse Richard Schiller. Von der Wiederanstellung eines sogenannten leitenden Redaktors hat die Verkommissionierung Abstand genommen.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Dachbeder! Die Dachbederstellen Hamburg-Altonas sind in den Streit getreten. Die Forderung lautet auf 10 Pfa. Stundenlohn, Ueberstunden 15 Pfa. Zuschlag, Sonntagsarbeit 1.20 M. pro Stunde, Turn- und Fahrtafelarbeit 10 Pfa. Zuschlag. Die Situation ist eine sehr gute. 35 Kollegen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. 24 Kollegen haben sich in die Streikliste eintragen lassen. Weitere Bewilligungen stehen bevor. Wir erziehen, vordringlich den Jagna nach Hamburg fernzubalten. Alle arbeitersymbiotischen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Steilleitung. Hamburg, Spitalstraße 61.

600 Fahr- und Flaschenfahrer in Leipzig traten in eine Lohnbewegung ein. Sie fordern zehn- beziehungsweise elfstündige Arbeitszeit und 17 bis 24 Mark Wochenlohn. Sie wollen die Firmen, die diese Forderung nicht bewilligen, boykottieren.

Die Zimmerleute in Leipzig bleiben auf sofortiger Zahlung eines Stundenlohnes von 65 Pfennig bestehen, im Abrechnungsfalle wird heute Abend der Streik beschlossen werden.

Die Dachbeder in Frankfurt a. M. traten am 2. Juli nach einer Versammlung sofort in den Streik.

Der Maler- und Tüncherstreik in Mannheim-Erdwischhafen ist am 30. Juni nach dreimonatlicher Dauer mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Vereinstart für jugendliche Gehilfen ein Mindestlohn von 42 Pfa., vom 20. Jahre ab beträgt der Mindestlohn für dieses Jahr 48 Pfa., vom 1. April nächsten Jahres 50 Pfa. Für die seitherigen Löhne tritt eine achtwöchentliche Lohnrückzahlung in Kraft. Der zwischen der Vereinigung der Maler, Lackierer, Lackierer, Anstreicher usw. und der Maler- und Tünchermeistervereinigung Mannheim-Erdwischhafen abgeschlossene Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Februar 1908 und ist zwei Monate vorher kündbar.

Mauererstreik in Elberfeld-Barmen. Eämtliche Mauerer von Elberfeld und Barmen haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

Die Textilarbeiter rühren sich. Die Zahl der ausständigen Textilarbeiter in Horst beträgt gegenwärtig etwa 6500. Am 3. Juli fanden zwei Textilarbeiter-Versammlungen statt, in denen je eine neunwöchige Kommission gewählt wurde, die mit den Arbeitgeberern in Unterhandlungen treten soll. Die Fabrikanten ihrerseits haben beschlossen, die Betriebe offen zu halten.

Gasarbeiterstreik in Baddeck. Der am 2. Juli ausgebrochene Streik der Gasarbeiter und Lampenzugführer nimmt größere Dimensionen an. In zwei von insgesamt vier Gasfabriken streikten alle Arbeiter und am 4. Juli soll auch in den beiden anderen Fabriken die Arbeit niedergelegt werden. Die Gasproduktion ist gleichwohl nicht gestillt, weil Pioniertruppen zur Arbeit kommandiert worden sind. Ein großes Militärkommando bewacht alle Gasfabriken. Soldaten zünden jetzt die Lampen an.

Die „Arbeiterstimme“, das Organ der Schweizerischen Gewerkschaften, wird in ihrer bisherigen Form und Erscheinungsweise erneuert, um laut des Baseler Kongresses als „Korrespondenzblatt des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes“ wieder aufzuleben. Das neue Bundesorgan soll monatlich 2 Mal in Großformat, mindestens 8 Seiten stark, erscheinen. Die erste Nummer wird am 13. Juli herausgegeben.

Vermischtes.

Der Abschied des „guten Richters“. Man schreibt aus Paris: Ich habe Ihnen oft genug vom „guten Richter“ oder vielmehr von zwei „guten Richtern“ erzählt. Denn es waren zwei: Herr Magnaud in Chateau-Thierry war das Original, und Herr Serre de Rivieres in Paris die — übrigens sehr gute — Kopie. Beide sprachen nicht nach dem Formalismus der Paragraphen, sondern nach den Prinzipien des menschlichen Gefühls, der Moral und der Ethik. Wie selten stiegen sie darü zu weit. Aber sind derartige Ertragsanzen nicht eher zu entschuldigen, als die umgekehrten Verbindungen Jurisprudenz-Bureautanten in Deutschland, deren Leistungen bisweilen das Ausland förmlich verbüßten?

Also Herr Magnaud, das „Original“, wurde bei den jüngsten Kammerwahlen zum Deputierten des 17. Pariser Arrondissements gewählt und führte dieser Tage zum letzten Male den Vorsitz in seinem Tribunal. Die gesamte Richterschaft, Advokaten, Bürger, Handwerker und arme Leute hatten sich eingefunden. Als Magnaud erschien und der Justizier das übliche Monsieur le president! ertönen ließ, erhob sich das gesamte Auditorium und barste, bis der Vorsitzende seinen Fautail eingenommen hatte. Als die Verhandlung zu Ende war, erhob sich der Generalprokurator und richtete an den Präsidenten Magnaud eine Anrede: „Sie verlassen uns dieser Tage. Das Tribunal von Chateau-Thierry verliert seinen von allen respektierten Chef. Er war ein Muster der Gerechtigkeit. Lange Jahre des Zusammenarbeitens haben zwischen uns Bande tiefer Achtung geknüpft. Ihr Abgang erschüttert uns.“ Der Pariser Advokat Demout sprach seine Freude aus, daß ihn der Unfall zum Zeugen des letzten Vorstehes des Präsidenten gemacht habe. Alle Pariser freuten sich, Magnaud, den das allgemeine Stimmrecht nach Paris gebracht habe, bald in ihrer Mitte zu sehen. Wie hier, werde er auch im Parlament für die Gerechtigkeit, für die Armen und Unterdrückten das Wort sprechen und wirken. Dies ergriffen erhob sich Magnaud zu Dankesworten. Er sagte dann: „Sie haben sehen können, daß das Volk mit uns ist, obwohl die Rechtsgelehrten es nicht sind. Von allen Gemüthungen, die ich je hatte, ist mir die Zustimmung der Armen die liebste, weil ich den Mut besaß, die Wagschale der Gerechtigkeit zu den Armen und Unterdrückten zu neigen.“ Dem Präsidenten traten beim Schlusswort die Tränen in die Augen. Adieu, meine lieben Mitarbeiter, rief er aus, Adieu, Euch allen, die Ihr in meinem Richterwerte zu mir gehalten habt. Adieu, Advokaten, Justiziers, die Ihr Eure Pflicht stets redlich erfüllt. Adieu, mein kleines Tribunal! Das gesamte Auditorium brach in Schreie auf Magnaud aus.

Ein Schweigsamer. Hans Makart, der berühmte Maler des Honorits, schenkt das Schweigen noch mehr geliebt zu haben als Wolke. Von dem großen Feldherrn ist bekannt, daß er sich in engeren Kreise nicht selten sehr lebhaft unterhalten hat, wogegen der Künstler nach dem Beizand seiner nächsten Freunde auch in lustiger Gesellschaft ungewöhnlich wortlos blieb. „Ich glaube“, sagte jemand, der viel mit Makart verkehrt hatte, „sein Trost im Erben ist der gewesen, daß er nun für immer schweigen kann.“ Für einen Ainal zusammen über die Ringstraße, als sich uns ein Bekkter in den Weg stellte. Der Mann hatte eine Tafel umgehängt, auf der zu lesen stand: „Taubstumme von Geburt“; mit einer Reihe eindringlicher Gebärden machte er uns auf dieses Schild aufmerksam. Makart richtete ihm ein Wort, murmelte aber geringfügig vor sich hin: „Welch ein Schwächer!“ Ein andermal wurde in Gesellschaft über einen Abgeordneten gesprochen, der schon zehn Jahre lang im Parlament saß und außer „Ja“ und „Nein“ die Westminster noch sein Wort hatte hören lassen. Makart allein lachte dem Gespräch mit einem ganz anderen Gesicht als seine Umgebung. „Welch ein Mann!“ rief er endlich aus. Seine Bemerkung war wirklich so groß und aufrichtig, daß er es sogar über sich brachte, ihr drei Worte zu opfern.

Zucker und Leistungsfähigkeit. Diefach wird angenommen, daß der Zucker bei schweren körperlichen Leistungen imstande sei, die Leistungsfähigkeit zu vermehren und die Ermüdung zu verringern. Dieser Voraussetzung verdankt der Zucker ja auch seine Empfehlung bei größeren Marschleistungen, bei anstrengenden Bergtouren usw. Physiologisch wäre die Wirkung in dieser Weise zu erklären, daß der Zucker im Organismus sehr rasch verbrannt wird und damit Kraft und Energie erzeugt. Ch. Fere hat nun auf experimentellem Wege den Einfluß des Zuckers auf die Leistungsfähigkeit geprüft. Danach kommen dem Zucker zweierlei Wirkungen zu; nämlich eine sofort einwirkende Anregung, die schon eintritt, wenn man den Zucker bloß in den Mund nimmt, und darauf eine Steigerung dieser Anregung, die nach ungefähr neun Minuten eintritt, wenn der Zucker in die Blutbahn aufgenommen ist. Fere konstatierte jedoch, daß der Anregung bald Erschöpfung folgt, sobald die Gesamtleistung nicht erhöht wird. Immerhin wirkt der Zucker besser als Erregungsmittel, wie als Nahrungsmittel. Da sich seine Wirkung halb erschöpft, so ist er eher am Platze, wenn es sich um kurzdauernde, als wenn es sich um langdauernde Kraftleistungen handelt. Der Zucker hat keine andere Wirkung wie der Tee, Kaffee und der Alkohol, die sämtlich die Eigenschaften besitzen, über die Ermüdung hinwegzutäuschen, allerdings ohne die Nachteile, die jene im Gefolge haben.

Bestimmungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission Breslau, 3. Juli.

	ante		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	18.20	17.40	17.20	16.80	16.70	16.30
Weizen, gelber	18.10	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Knocken	15.40	14.80	14.70	14.50	14.40	14.20
Brangerste	15.50	15.10	15.00	14.50	—	—
Gerste	14.00	13.60	13.50	13.10	13.00	12.50
Safer	17.50	17.00	16.90	16.50	16.40	16.00
Victoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	16.50	16.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Gen pro 50 Kilogramm 2.30—2.50 M.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 M.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. holl. Sad brutto, Weizenmehl 00 rubia, 24.00—24.50 M. Roggenmehl 00 rubia, 22.00—22.50 M. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 M. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 M.

Briefkasten.

N. 100. Bin bereit. R.
A. Krieg. Aus Ihrem Bericht ist nicht zu erkennen, weshalb Sie angeklagt waren.
S. Ein Vereinsvermögen, das einer polizeilichen Genehmigung nicht bedarf, sondern nur angezeigt werden muß, ist an die sonst für das Lokal geltende Polizeistunde nicht gebunden, sondern kann darüber hinaus dauern.
A. N. 100. Bei vierteljährlicher Kündigung kann dieselbe, wenn nicht zwischen den Parteien etwas anderes verabredet worden ist, nach dem dritten Werktage des Vierteljahres erfolgen. Die Jöhren gegenüber am 30. Juni Abends 6 1/2 Uhr anzufrühene Kündigung ist also rechtzeitig geschehen und Sie müssen die Wohnung am 1. Oktober räumen, wenn Sie nicht verläßt werden wollen, wodurch Ihnen Unannehmlichkeiten und Kosten entstehen.
F. N. Wer 21 Jahre alt ist, braucht keine Genehmigung der Eltern zum Zwecke seiner Verheiratung.
Zum Partei-Sekretariat, Neue Grampenstraße 6/6, III., werden jederzeit Neuanfragen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmefähigkeit sowie Weltgüte auf die „Volkswacht“ zu haben. Nachschaukäufe können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden.

Erntegeschichten.

II.

Aus New York wird uns geschrieben:

Unter den zahlreichen kapitalistischen Raubgeiern, die in den Vereinigten Staaten das Volk plündern und in offener Verhöhnung der Geseze eine gewaltige Beute nach Hause schleppen, sind die Oeltrustmagnaten die frechsten und erfolgreichsten. Die Standard Oil Company, die fast den gesamten Petroleumhandel der Vereinigten Staaten kontrolliert und auch auf das Petroleumgeschäft des Weltmarktes einen entscheidenden Einfluß ausübt, ist nichts anderes als eine wohlorganisierte Räuberbande, deren Haupt, der Milliardär John D. Rockefeller, einer der gewissenlosesten Ausbeuter unserer Tage ist. Die amerikanischen Behörden, sowohl diejenigen des Bundes als auch die einer Reihe von Einzelstaaten haben verschiedentlich versucht, dem mächtigen Petroleumkonzern beizukommen und ihm, wenn irgend möglich, das Handwerk zu legen. Bisher aber ist noch jedes derartige Beginnen an der frechen Stirn der Millionendiebe und ihrer scheinbar unerschütterlichen Machtstellung gescheitert.

Erst gegen Ende des vorigen Jahres hat die Regierung des Staates Missouri einen sehr energischen Vorstoß gegen den Oeltrust unternommen. Auf Anordnung des Generalanwalts (Oberstaatsanwalts) dieses Staates, Herbert S. Hadley, wurde gegen die Standard Oil Company eine Untersuchung eingeleitet, durch die festgestellt werden sollte, ob die gegen die genannte Gesellschaft erhobenen Anschuldigungen auf Wahrheit beruhten. Es war längst ein öffentliches Geheimnis, daß alle jene Praktiken, die der Standard Oil Company seitens der Staatsanwaltschaft von Missouri vorgeworfen wurden, seit Jahrzehnten bereits von ihr betrieben worden waren. Aber um gegen sie vorgehen zu können, bedurfte die Staatsregierung vollgültiger, auf Zeugenaussagen beruhender Beweise. Um diese zu erlangen, hatte der Gouverneur John C. G. Sandborn zum Spezialkommissar in dieser Angelegenheit und Leiter der Untersuchung ernannt.

Die Beschuldigungen, die gegen die Standard Oil Company erhoben wurden, gipfelten in der Behauptung, daß die genannte Gesellschaft sich in offener Verletzung des Antitrustgesetzes von Missouri mit verschiedenen ihr auf dem Wege der Trustbildung angegliederten Korporationen, die im Staate Missouri der Produktion und dem Vertrieb von Petroleum oblagen, verbündet habe, um durch Verdrängung aller unabhängigen Händler des Staates aus dem Geschäft jegliche Konkurrenz zu ersticken und die Preise für Petroleum nach Belieben festzusetzen. Wurden diese Vorwürfe, wie anzunehmen war, erwiesen, so war die Grundhabe zu einer öffentlichen Klage gegeben. Als Bestrafung war in dem Antitrustgesetz der Ausschluß der widerhandelnden Unternehmer aus dem Geschäft in Missouri vorgesehen.

Die mit Umsicht und Energie eingeleitete Untersuchung ließ bereits in ihren Anfängen auf große Schwierigkeiten. Die beiden Hauptkletter der Standard Oil Company, die Brüder John D. Rockefeller und William G. Rockefeller waren, als ihnen die Vorladung zugehört werden sollte, unauffindbar. William G. war, als die Einleitung der Untersuchung bekannt geworden war, seiner „angegriffenen Gesundheit“ wegen nach der Riviera gereist. John D. dagegen war seit dem 16. Dezember 1905 plötzlich spurlos verschwunden. Die gelbe Presse Amerikas stellte die gewagtesten Vermutungen auf. Einmal hieß es sogar, der Milliardär habe sich eine prächtige Yacht gechartert und gedenke so lange auf dem Meere zu kreuzen, bis die Untersuchung beendet sei. Dann wieder wurde gesagt, er bestünde sich auf dem Wege nach Rio de Janeiro. Jedenfalls wurde John D. Rockefellers Aufenthalt erst drei Monate nach seinem Verschwinden entdeckt als sich die Untersuchung bereits ihrem Ende näherte. Der Milliardär hatte die ganze Zeit hindurch auf seinem prächtigen Landsitz in der Nähe von Lakewood im Staate New-Jersey gelebt. Eine dichte Kette von Spezialpolizisten, die in seinem Dienste standen, hatte Tag und Nacht das Grundstück bewacht und das Geheimnis des dortigen Aufenthalts ihres Gebieters wohl zu hüten verstanden. Generalanwalt Hadley verzichtete schließlich volens polens auf die Vernehmung des wichtigsten seiner Zeugen, da er sah, daß er dem obstinaten Milliardär einfach nicht beikommen konnte.

Die Verhöre waren unterdessen Anfang Januar 1906 in New-York, wo sich das Zentralbureau der Standard Oil Company befindet, begonnen worden. Sandborn und Hadley waren eigens nach New-York gekommen, um die Untersuchung zu leiten. Gleich zu deren Beginn zeigte sich, daß außer den Brüdern Rockefeller noch eine ganze Reihe der wichtigsten Zeugen, die man geladen hatte, einfach nicht erschienen war. Sie blieben auch während des ganzen Prozesses verschwunden. Das Verhalten der Oeltrustmagnaten, die der Vorladung Folge geleistet hatten, ließ von vornherein erkennen, daß die einflussreiche Korporation nicht gesonnen war, sich zu tief in die Karten blicken zu lassen. Die Anwälte des Trusts wandten die übliche Verschleppungstaktik an, durch die derartige Prozesse in den Vereinigten Staaten jahrelang hingezogen werden, um schließlich im Sande zu verlaufen. Zwei Stunden lang wurde über die Frage debattiert, ob die Aussagen niedergeschrieben oder stenographiert werden sollten. Die Zeugen vertweigerten auf Anraten der Anwälte die Beantwortung der meisten Fragen die an sie gestellt wurden. So zogen sich die Vernehmungen unendlich in die Länge und ergaben nur wenig Tatsächliches. Am frechsten benahm sich Henry S. Rogers, der Vizepräsident der Standard Oil Company, und als solcher die rechte Hand des Oelkönigs. Er verlangte für sich ein privates

Verhör, da er an Asthma leide und in einem mit Menschen angefüllten Zimmer nicht bleiben könne. Diefem Wunsch wurde denn aber doch nicht stattgegeben.

Immer unerschämter wurde das Benehmen des Oeltrustmagnaten Rogers, je weiter die Untersuchung voranschritt. Durch herausfordernde Blicke, höhmisches Lächeln und spöttische Bemerkungen zeigte er deutlich, daß er die Nachstellung seiner Gesellschaft für unerschütterlich hielt. Am Morgen des vierten Verhandlungstages (9. Januar 1906) betrat er den Sitzungssaal mit der Frage: „Wann fängt die Komödie hier an?“ Als er dann um 10½ Uhr den Zeugenstand betrat, fixierte er den Generalanwalt Hadley in herausfordernder Weise, als ob er sagen wollte: „Ist könnt ihr gegen die weltbeherrschende Macht des Kapitals ausrichten?“

„Seit wie lange stehen Sie mit der Standard Oil Company in Verbindung?“ fragte Hadley. — „Ich kann mich nicht erinnern“, antwortete Rogers. — „Vielleicht seit der Begründung des Kartells?“ fragte der Generalanwalt weiter. — „Das glaube ich nicht“, entgegnete der Oeltrustmagnat mit höhmischem Lächeln, „im übrigen halte ich solche Fragen für unnötig.“

Diese Unerschämtheit zog ihm eine ernsthafte Klage zu. Deshalb beschränkte er sich darauf, alle weiteren Fragen mit den stereotypen Worten „Verweigere die Antwort“ und einem spöttischen Grinsen zu beantworten. Als er den Zeugenstand verließ, schnitt er dem Generalanwalt ein spöttisches Gesicht und sagte höhnlich: „Good bye, General!“

Die gesamten anderen Direktoren der Standard Oil Company, Rockefellers Neffe William G. L. Bedford, John D. Archbold, Wade Hampton, James A. Moffat und Frank A. Barstow folgten Rogers Beispiel und betrugten sich in so ungehöriger Weise, daß sich das ganze Verhör tatsächlich zu einer Komödie gestaltete, wie sie sich wohl noch niemals in einer gerichtlichen Untersuchung abgepielt hat. So deutlich wie in diesem Prozeß ist noch niemals zutage getreten, daß das Großkapital sich über Recht und Gesetz vollkommen erheben stellt und eine Ausnahmebestimmung im modernen Rechtsstaat beansprucht, gerade so wie eine solche den regierenden Fürsten und den Mitgliedern ihrer Familien auf Grund einer Rechtsabdiktion, die man heute selbst in bürgerlichen Kreisen vielfach für antiquiert hält, eingeräumt wird. An die Seite der Gadsburger und Romanows ist die Oeltyranie Rockefeller getreten.

Dritter Verhandlungstag der Tapezierer.

In Frankfurt/Main tagte Montag und Dienstag der dritte ordentliche Verbandstag des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen. Zur Beratung stehen der Vorstandbericht, der Bericht vom Gewerkschaftsangelegen und vom internationalen Kongress, Beratung der Statuten und der hierzu gestellten Entwürfe, die Lehrlingsfrage, Wahl der Verbandsleitung, Festsetzung der Beamtenegehälter und allgemeine Anträge.

Der letzte Verbandstag fand 1903 in Magdeburg statt; den Kern der damaligen Verhandlungen bildete die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, nachdem auf der Generalversammlung 1900 in Nürnberg grundlegende Beschlüsse in Betreff der Einführung einer Kranken- und Sterbegeld-Unterstützung gefaßt worden waren. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung war, wie der Vorstand in seinem Rechenschaftsbericht sagt, ein enormes Wagnis; aber die daran geknüpften Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Der Verband hat sich im Gegenteil gut entwickelt. Namentlich der Bericht über die Lohnbewegungen beweist, daß der Verband seit Magdeburg gewaltige Fortschritte gemacht und die früheren Verluste weit überholt hat. Am deutlichsten wird das durch die Einnahmen des Verbandes veranschaulicht. Sie betragen im Bestand aus dem Vorjahre 1903 88,319; 1904 134,014; 1905 214,128 Mark. In den Lokalkassen betragen die Einnahmen 1904 40,884; 1905 55,999 Mark. Am Schlusse des Jahres 1902 hatte der Verband in 110 Filialen 4750 Mitglieder; von diesen hatten 3492 für volle 52 Wochen Beiträge bezahlt. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres a) ohne Lokalkassen im Jahre 1903 25,281; 1904 71,165; 1905 79,398 Mark; b) mit dem Verlangen der Lokalkassen 1904 94,762; 1905 105,527 Mark. Am Schlusse des ersten Quartals 1906 beträgt das Verbandsvermögen in der Hauptkassa 83,100.75 Mark; 7520.72 Mark haben die Orte zurückgehalten, und ein Vermögen von 23,223.80 Mark hatten die Filialen in ihren Lokalkassen. Das sind insgesamt 113,845.37 Mark, über die der Verband verfügt.

Interessant fand die Mittelungen über die Arbeitslosen-Unterstützung. Es wurden im Jahre 1905 verausgabt an 1410 Mitglieder: Arbeitslosenunterstützung 18,042.50 Mark, Reise-Unterstützung 4100 Mark, zusammen 22,142.50 Mark, und zwar erhalten nur Arbeitslosenunterstützung 746 Mitglieder, nur Reiseunterstützung 606, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 158 Mitglieder. Pro Kopf der Mitglieder verausgabt im Jahre 1905 8.91 Mark an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß von den 6755 Verbandsmitgliedern im vierten Quartal 1905 nur 3585 Mitglieder tatsächlich bezugsberechtigt waren, das sind 52 Prozent. Im ersten Quartal waren von 7573 Mitgliedern 4223 bezugsberechtigt, das sind 55½ Prozent. Die Aktuation war in den letzten Jahren eine recht gute. Wie in anderen Verbänden, so wurden auch von den Tapezierern im Laufe der letzten Zeit mehrere Verbandsbeamte angestellt; auch Frankfurt hat jetzt einen Verbandsbeamten. Bezüglich der Lohnbewegungen wird in dem Rechenschaftsbericht gesagt, daß der Verband im Jahre 1904 in neun Orten Angriffsstreiks hatte, nämlich in Chemnitz, Köln, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Gagny l. W., Hannover, Jülich, München und Bremen. In diesen Streiks waren 531 Kollegen beteiligt; davon gehörten 464 der Organisation an. Diese Streiks kosteten 6460 Mark. Dann war der Verband noch in fünf Orten an Aussperrungen engagiert: in Nürnberg, Gütin, Jülich, München und Bremen. Daran waren 27 Kollegen beteiligt; die Kosten betragen 927 Mark. Lärche wurden in Dresden, München, Hannover, Bremen, Kiel und Hamburg geschlagen. In Hamburg wurde der Tarif mit der Zustimmung fast in derselben Form abgeschlossen, wie er im Jahre 1903 von der Gewerkschaft abgelehnt worden war.

Weitens schmerzlich gefühlten sich die Kämpfe im Jahre 1905. In 18 Orten hatten wir Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 13 Orten Aussperrungen und Werksstreiks. Die Streiks kosteten zusammen 54,555 Mark. Beteiligt waren direkt als Streikende 2061 Kollegen. Der große Streik der Leipziger Kollegen kostete 19,493 Mark. Er ging verloren größtenteils durch die eigenartige Entscheidung des Leipziger Tapeziererverbands, der in seinem überwiegenden Teil aus Kleinmeistern besteht, die zum Teil gar keine

aber doch nur einzelne Leute beschäftigen, dafür aber in den Innungsversammlungen das große Wort führen und die Beschlüsse fassen. Die kleinmeisterlichen Elemente leisten zum großen Teil an einem Unverständnis der eigenen sozialen Verhältnisse, die aller Beschreibung spottet. Ein Teil dieser Elemente hatte nichts eiligeres zu tun, als in den wichtigsten größeren Geschäften Arbeitswilligendienste zu verrichten, und das während der Frühjahrssaison, wo man doch annehmen sollte, daß selbst die Angstrouter etwas Arbeit haben. Die Leute aber machten den Hausmeister bei denen, die ihnen angeblich die Erlöse raubten. Die wirtschaftliche Konjunktur war speziell den Leipziguern zur Zeit des Kampfes sehr ungünstig. Jedenfalls muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die von den Leipziguern angewendete Taktik, bei solcher Verhältnisse den allgemeinen Generastreik für den ganzen Platz zu deklarieren, in ähnlichen Fällen nicht wiederholt werden darf. Ueberall, wo eine größere Anzahl Betriebe von großer wirtschaftlicher Bedeutung vorhan, den ist, läßt sich eher darüber reden, aber nicht dort, wo das wirtschaftlich schwache Kleinmeisterhand vorherrscht ist.

Der Erfolg des Jahres 1905 kommt etwa 3520 Kollegen zugute, für die eine Arbeitszeitverlängerung von 4420 Stunden pro Woche errungen wurde. Die Lohnerhöhung beträgt etwa 10,255 Mark pro Woche; das macht auf den Kopf im Durchschnitt 3.20 Mark. Dann wurde bessere Bezahlung der Ueber-, Sonntag- und Nachtarbeit erzielt.

Ueber die Streiks im Jahre 1906 läßt sich ein abschließender Bericht noch nicht geben. Trotzdem etwa 38 Orte insgesamt an den Lohnbewegungen beteiligt sind, kann konstatiert werden, daß die Unkosten in diesen Jahre verhältnismäßig sehr gering sind. Angriffsstreiks hatten wir in 11 Orten; diese erreichten aber nur geringen Umfang. Soweit sich heute feststellen läßt, waren daran 264 Kollegen direkt beteiligt. Diese erklärten für 970 Kollegen eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche, für 337 Kollegen um drei Stunden pro Woche und für 73 Kollegen um sechs Stunden pro Woche. An Aussperrungen und Aussperrungen waren acht Orte mit 156 Kollegen beteiligt. In 19 Orten wurden für eine große Anzahl Kollegen, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, erhebliche Vorteile erzielt. Da auch hier einige Orte den Bericht noch nicht geliefert haben, lassen sich bestimmte Angaben nicht machen. Festgestellt kann werden, daß für 135 Kollegen eine Verlängerung der Arbeitszeit um sechs Stunden wöchentlich, für 171 um drei Stunden wöchentlich und für 970 um eine Stunde wöchentlich erzielt wurde. Für 1548 Kollegen wurde eine Lohnerhöhung von 5953 Mark erzielt im Durchschnitt etwa 3.80 Mark pro Woche. Die Gesamtkosten für Streiks werden, soweit es sich feststellen läßt, etwa 12,000 Mark betragen.

Obere Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden Morgens 8 Uhr von Grünwald eröffnet. Zunächst heißt Steigerwald-Frankfurt die Delegierten namens der Frankfurter Kollegen herzlich willkommen. Der Verhandlungsleiter Grünwald begrüßt darauf die Delegierten und die vom Ausland erschienenen Gäste namens des Bundes.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 41 Delegierten aus sechs Oasen. Und zwar haben sich an dem Sitzungstage 6, der Westgau 3, der Nordostgau 4, der Ostgau 9, der mitteldeutsche Gau 7 und der Ostgau 12 Delegierte. Außerdem sind vertreten der Vorstand und Ausschuss, die zwei Generalsekretäre Saffinbach von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und von auswärtigen Gästen Generalsekretäre Johnson-Köpenhagen für die Organisation der dänischen Tapezierer und Kroll-Wien für die Organisation der österreichischen Tapezierer.

Prokl-Wien überbringt die Grüße der Wiener Kollegen. Hierauf wird die Wahl des Bureaus vorgenommen. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Grünwald-Samburg und Weitz-Berlin und zu Schriftführern Sedmann-Stuttgart und Steigerwald-Frankfurt, sowie Raunen-Weipzig und Schöne-Berlin.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Vorstandbericht. Der Geschäftsführer des Verbandes, Beder-Hamburg, gibt an Händen des gebieterischen Geschäftsberichts ein Bild von der Entwicklung des Verbandes. Wenn derselbe auch nicht mit den großen Verbänden verglichen werden könne, so dürfte doch gesagt werden, daß er in den letzten Jahren sehr gute Fortschritte in Bezug auf Arbeitszeitverlängerung und Lohn-erhöhungen gemacht hat. Näheres darüber ist aus dem einleitenden Bericht zu ersehen. Sehr zu leiden habe der Verband unter der Fluktuation der Kollegen. Hier sei noch sehr viel zu bessern. Auch in Bezug auf die Beitragsleistung werde noch sehr viel festgestellt. Durch die Anstellung von Beamten und Hauskassierern sei ja manches gebessert worden; doch müsse auch hier noch viel gebessert werden. Die Kassen-Verhältnisse im allgemeinen haben sich wesentlich gebessert; ohne die Beiträge in Magdeburg wäre dies nicht möglich gewesen. Damit dem geordneten Kassenwesen ist der Verband nicht bloß Unterstützungsvereinigung, sondern auch Kampforganisation geworden.

Namens des Ausschusses gibt hierauf Pöndt-Berlin einen kurzen Bericht über die eingelaufenen Beschwerden. Dieselben drehten sich in der Hauptsache um Differenzen, die bei Anstellung einzelner Beamten vorgekommen sind. Diefelben enthalten eines öffentlichen Interesses. Der Verbands-Vorsitzende Grünwald rechtfertigt das Verhalten des Hauptverbandes und weist nach, daß er bei Anstellung der einzelnen Beamten sich nicht von persönlichen Rücksichten, sondern von rein sachlichen Motiven habe leiten lassen. Wenn die Anstellung früher erfolgte, als es der Ausschuss wünsche, so erklärt sich das aus dem Umstand, daß eben der Vorstand die Anstellung noch nicht für notwendig erachtete. Besser-Osnabrück gibt eine kurze Darstellung der näheren Umstände, warum er den Posten eines Beamten nicht angenommen habe. Der Vorstand habe infolgedessen nicht ganz korrekt gehandelt, als er ihm wenigstens hätte mitteilen müssen, wie die Verhältnisse liegen; das hätte auch im Rechenschaftsbericht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden müssen. Beder-Hamburg nimmt den Vorstand gegen die Vorwürfe Pöndts und Bessers in Schutz. Dem Vorstand könne aus seinem Verhalten kein Vorwurf gemacht werden, höchstens dem Magdeburger Verbandstag. Es sprechen noch zu der Sache Abler-Halle a. S., Sander-Berlin, Klein-Samburg, Weitz-Berlin, die alle, mit Ausnahme Ablers, das Verhalten des Vorstandes bei Anstellung eines Beamten für nicht ganz einwandfrei erklären. Spilbert-Samburg erklärt, daß er sich in keiner Weise in die Stellung gedrängt habe, in die er gekommen sei. Abler-Weipzig ist der Meinung, daß von einem unkorrekten Verhalten des Hauptverbandes nicht die Rede sein kann; er habe die Auffassung, daß es sich bei der ganzen Debatte mehr um persönliche als sachliche Erwägungen handelt. (Widerpruch der Berliner Delegierten.) Wagner-Nürnberg erklärt als Teilnehmer des Magdeburger Kongresses, daß es die allgemeine Meinung damals gewesen sei, Besser am 1. Januar 1905 anzustellen. Insofern finde er die Kritik der Berliner berechtigt.

Grünwald-Samburg rechtfertigt nochmals unter Darlegung des Briefwechsels mit dem Ausschusse das Verhalten des Hauptverbandes. Er verweist nochmals, daß rein sachliche Motive bei Anstellung der Beamten abgewogen haben. Nachdem noch verschiedene Redner ihre Meinung zu der Angelegenheit geäußert, wird beschlossen, die Debatte über die Beamteneinstellung (Wall Beder) zu schließen. Verschiedene Redner regen darauf noch an, für eine bessere Revision der Rollen beim Hauptverbandes zu

